

# STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

21. JAHRGANG

AUGUST 1968

8

## INHALT

Seite

Ernteaussichten für 1968	185
Hennenhaltung im Dezember 1967	190
Wohngeldzahlungen im Jahre 1967 und Wohngeldempfänger am 1. Januar 1968	192
Kriegsopferfürsorge im Jahre 1967	198
Das steuerpflichtige Vermögen am 1. Januar 1966	201
Die Struktur des veranlagten Einkommens in den kreisfreien Städten und Landkreisen im Jahre 1965	206
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	57*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	63*



HERAUSGEBER  
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS



Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## RHEINLAND-PFALZ

21. Jahrgang

Heft 8

August 1968

### Ernteaussichten für 1968

#### 1. Witterung

Kein Wirtschaftsbereich und keine Berufsgruppe ist in so hohem Maße vom Wetter abhängig wie die Landwirtschaft. Die Witterung kann als die Antriebskraft für das Wachstum der Pflanzen betrachtet werden. Bei ausreichender Pflege und Düngung bestimmt sie auch heute noch weitgehend Höhe und Qualität der Ernte. Niederschläge sind für die Pflanzen unentbehrlich, sie können aber auch die Pflege- und Erntearbeiten erschweren oder sogar für längere Zeit unterbinden. Bevor auf die Ernteaussichten der einzelnen Kulturpflanzen eingegangen wird, soll daher zunächst ein kurzer Überblick über den bisherigen Witterungsverlauf gegeben werden.

Der Winter 1967/68 war wiederum verhältnismäßig mild und sehr niederschlagsreich. Nur Anfang Dezember, in der zweiten Januarwoche und Ende Februar/Anfang März traten Frostperioden auf, die aber jeweils nicht länger als eine Woche andauerten. Anfang Dezember und Ende Februar lagen die tiefsten Temperaturen im allgemeinen bei 8 bis 10° C unter Null. Zu Beginn der zweiten Januardekade wurden jedoch Kältegrade gemessen, wie sie seit dem letzten strengen Winter 1962/63 nicht mehr zu verzeichnen waren. Am 13. Januar sanken die Temperaturen unter dem Einfluß eines starken nordosteuropäischen Hochdruckgebietes an vielen Orten bis auf -20° C, teilweise sogar noch darunter. Die überwinternden Feldfrüchte, Futterpflanzen und Gemüsekulturen wurden jedoch zu dieser Zeit durch eine hohe Schneedecke geschützt, so daß keine nennenswerten Frostschäden entstanden. Bei den Reben allerdings führte die ungewöhnliche Kälte in einigen Gebieten zu größeren Schädigungen an Holz und Knospen. Betroffen wurden besonders verschiedene Lagen der Nahe, der Mittel- und Oberhaardt sowie der Gebiete Alzey und Wiesbach.

Mitte Januar erreichten wieder milde Meeresluftmassen das Gebiet von Rheinland-Pfalz und bewirkten einen raschen Wetterumschlag. Innerhalb von vierundzwanzig Stunden stiegen die Temperaturen auf mehrere Grade über Null an. Es folgte dann eine zumeist unbeständige Witterungsperiode, die hauptsächlich durch atlantische und Nordmeertiefs beeinflusst wurde und bis Ende der dritten Märzwoche andauerte. Abwechselnd wurde milde und kältere Meeresluft herangeführt. Dabei kam es häufig zu Nachtfrösten und zu Regen- oder

Schneefällen. Auch in höheren Lagen hielt sich nur vorübergehend eine Schneedecke, denn die Temperaturen stiegen tagsüber wieder über den Gefrierpunkt an. Lediglich Ende Februar/Anfang März sowie an wenigen Tagen Mitte März bestimmte trockene und kalte Festlandluft das Wettergeschehen. Ausgangs des Winters war der Boden infolge der häufigen und ergiebigen Niederschläge reichlich mit Feuchtigkeit versorgt.

In der letzten Märzwoche lag Rheinland-Pfalz im Zustrom warmer Luftmassen aus südlicheren Breiten. Kurz nach dem kalendermäßigen Frühlingsbeginn kam es somit zu einer schnellen Erwärmung und zu einem verstärkten Einsetzen des allgemeinen Pflanzenwachstums. Dieser Zeitpunkt lag etwa drei Wochen später als im vergangenen Jahr. Ende März wurden an verschiedenen Orten bereits Wärmetemperaturen um 25° C gemessen. Anfang April setzte sich jedoch wieder eine nördliche Luftströmung durch und bewirkte bis Mitte des Monats eine überwiegend kühle, aber sonnige Witterung. Besonders in der zweiten Aprilwoche traten verschiedentlich stärkere Nachtfröste auf. Durch ständige Nordwinde und Sonneneinstrahlung trocknete vor allem in den Höhengebieten der Boden immer mehr aus. Nachdem ein starkes Hochdruckgebiet über Osteuropa eine Umstellung der Luftströmung von Nord auf Süd-Ost verursacht hatte, gelangte ab Mitte April subtropische Warmluft nach Mitteleuropa und brachte für etwa zehn Tage eine für diese Jahreszeit ungewöhnlich warme Witterung. Die Temperaturen stiegen rasch auf Werte um 25° und Ende der dritten Aprilwoche sogar auf 30° und teilweise noch darüber an. In diesen Tagen zog überall der Vollfrühling ins Land.

Ende April wurde die Warmluft durch atlantische Tiefausläufer verdrängt, und es fielen nach etwa vier Wochen wieder die ersten nennenswerten Niederschläge. In den folgenden Wochen bis etwa Mitte Juni gestaltete sich die Witterung überwiegend veränderlich und verhältnismäßig kühl. Lediglich zu Beginn der zweiten Maidekade sowie Ende Mai und Anfang Juni erreichten die Temperaturen an einigen Tagen annähernd sommerliche Werte. Die gefürchteten Spätfröste stellten sich eine Woche nach den kalendermäßigen „Eisheiligen“ ein, sie verursachten jedoch keine größeren Schäden. Im ganzen verlief die Witterung im Mai und Anfang Juni nicht ungünstig. Temperaturen und Niederschläge reichten im allgemeinen für ein normales Pflanzenwachstum aus.



Von Mitte Juni bis Mitte Juli hatte die Witterung vorwiegend sommerlichen Charakter. Insbesondere um die Monatswende sowie in der zweiten Juliwoche herrschte hochsommerliches Wetter mit Temperaturen um 30° C. In Verbindung mit Gewittern kam es verschiedentlich zu sehr ergiebigen Niederschlägen, so daß den Kulturpflanzen genügend Feuchtigkeit zur Verfügung stand und ihr Wachstum außerordentlich gefördert wurde. Ab Mitte Juli war die Witterung zunächst überwiegend unbeständig und für die Jahreszeit zu kühl. In den letzten Julitagen setzte sich dann wieder Hochdruckeinfluß durch. Eine schmale Tiefdruckrinne brachte jedoch schon Anfang August erneut anhaltende Regenfälle.

## 2. Feldfrüchte und Futterpflanzen

a. Getreide: Im Frühjahr wurde der Wachstumsstand des Wintergetreides etwas geringer beurteilt als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die Bestellung des Sommergetreides erfolgte in den klimatisch begünstigten Gebieten Ende März, in den übrigen während der ersten Aprilhälfte. Infolge der zunehmenden Trockenheit fand das Sommergetreide zunächst wenig günstige Wachstumsbedingungen vor. Als dann Ende April wieder Niederschläge fielen und der Boden durch die hohen Temperaturen stark erwärmt war, entwickelten sich alle Getreidearten recht positiv. Das Ährenschieben des Winterroggens und Schossen des Sommergetreides setzten zum üblichen Zeitpunkt ein. Bis Anfang Juni hatte sich der Wachstumsstand gegenüber dem Vormonat deutlich verbessert und zeigte ein ähnlich günstiges Bild wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Juni verlief das Wachstum zunächst verhalten, aber ab Monatsmitte setzte sich die vorteilhafte Entwicklung verstärkt fort. Die teilweise starken Niederschläge bewirkten nur in einigen Gebieten eine Lagerung des Getreides. Betroffen wurde vor allem die Sommergerste in Rheinhessen und der Vorderpfalz.

In der zweiten Juliwoche begann in den klimatisch begünstigten Gebieten vereinzelt die Ernte der Wintergerste. Die Reife der Sommergerste und des Winterweizens zog sich infolge der ab Mitte Juli herrschenden kühlen und regnerischen Witterung bis Ende Juli hin. Der Zeitpunkt des allgemeinen Erntebeginns lag damit etwa zwei Wochen später

als im vergangenen Jahr. Diese Verzögerung bewirkte jedoch, daß sich die Reife nicht zu rasch vollzog und das Korn sich voll entwickeln konnte. Anfang August verursachten anhaltende Regenfälle eine längere Unterbrechung der Erntearbeiten und eine weitere Lagerung des Getreides.

Da die ersten Schätzungen über die voraussichtlichen Hektarerträge bereits Anfang Juli vorgenommen wurden, als noch keinerlei Druschergebnisse vorlagen, sind sie relativ unsicher. Trotzdem lassen die Schätzungsergebnisse erkennen, daß nach den Rekorderträgen von 1967 in diesem Jahr erneut mit sehr guten Flächenleistungen zu rechnen ist. Die vorläufigen Hektarerträge liegen, mit Ausnahme von Sommerroggen, zwar unter den endgültigen Ergebnissen des Vorjahres, aber die Werte im Sechsjahresdurchschnitt 1962/67 werden bei allen Getreidearten bereits deutlich übertroffen. Außerdem ist aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre bekannt, daß die erste Vorschätzung in der Regel etwas niedriger ausfällt als das endgültige Ergebnis. Für Winterweizen wurden 36,9 dz je ha geschätzt gegenüber 42,2 im Vorjahr und 35,1 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Bei Sommergerste können nach dem Stand von Anfang Juli 33,7 dz je ha erwartet werden gegenüber 36,5 bzw. 31,2 dz in den Vergleichsjahren. Für die meisten Getreidearten wurden nur 1967 und 1960 höhere endgültige Hektarerträge ermittelt, als sie die diesjährige erste Vorschätzung ausweist. Da die Anbaufläche im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen hat, dürfte die Getreideernte insgesamt nicht sehr viel geringer ausfallen als die Rekordmenge von 1967. Die Witterung kann natürlich die weitere Entwicklung noch merklich beeinflussen. Entscheidend wird vor allem sein, ob eine verlustfreie Bergung der gewachsenen Getreideernte möglich ist. Nach den anhaltenden Regenfällen während der ersten Augustdekade muß bereits mit größeren Mengen- und Qualitätseinbußen gerechnet werden.

b. Futterpflanzen: Das Wachstum des Dauergrünlandes und der überwinterten Futterpflanzen kam Ende März zügig in Gang. Im April verlief es jedoch infolge der anfänglich kühlen Witterung und der sich in der zweiten Monatshälfte bemerkbar machenden Trockenheit zeitweise verhalten. Ab Ende April entwickelten sich die Futterflächen bei überwiegend wechselhaftem Wetter dann sehr vorteilhaft. Ende Mai konnten bereits überall reichliche Futterbestände beobachtet werden. Der Weideauftrieb des Rindviehs erfolgte ab Mitte April und damit etwas zeitiger als 1967, obwohl das Wachstum in diesem Jahr wesentlich später begonnen hatte.

Die diesjährige Heuwerbung des ersten Rauhfutterschnittes setzte in klimatisch begünstigten Gebieten und in Tallagen Anfang Juni ein. Infolge der unbeständigen Witterung machte sie zunächst nur geringe Fortschritte, so daß sie sich bis Ende des Monats hinzog. In den Höhengebieten, wo die Erntearbeiten in der zweiten Junihälfte aufgenommen wurden, war die Einbringung im wesentlichen erst Mitte Juli abgeschlossen. Besonders in den Mittelgebirgslagen sind auch in diesem Jahre wie-

Wachstumsstand von Feldfrüchten und Futterpflanzen  
Anfang Juli 1966 - 1968

Fruchtart	1966	1967	1968
	Noten 1)		
Körnermais	2,5	2,8	2,8
Erbsen	2,7	2,4	2,2
Ackerbohnen	2,6	2,6	2,4
Wicken	2,6	2,6	2,5
Spätkartoffeln 2)	2,5	2,5	2,6
Zuckerrüben	2,3	2,4	2,4
Runkelrüben	2,7	2,8	2,7
Kohlrüben	2,8	3,1	3,0
Klee und Klee gras	2,6	2,7	2,6
Luzerne	2,6	2,6	2,6
Wiesen	2,6	2,8	2,7
Viehweiden	2,5	2,8	2,7
Tabak	2,5	2,8	2,9

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering. -  
2) Einschl. der mittelfrühen und mittelspäten Sorten.



Fruchtart	Endgültiger Ertrag		Vorschätzung Anfang Juli 1968
	Ø	1967	
	1962/67	dz/ha	
Winterweizen	35,1	42,2	36,9
Sommerweizen	30,4	37,0	33,3
Winterroggen	27,5	33,4	31,9
Sommerroggen	22,8	28,6	29,2
Wintergerste	34,1	40,9	35,4
Sommergerste	31,2	36,5	33,7
Hafer	27,4	32,7	29,9
Wintermenggetreide	28,1	34,4	32,0
Sommermenggetreide	28,3	33,6	30,7
Frühkartoffeln	191,1	231,3	187,9
Winterraps	20,4	23,7	23,6
Sommerraps	16,0	20,0	23,0
Rüben	15,0	19,1	19,6
Klee und Klee gras <sup>1)</sup>	48,8	51,7	55,9
Luzerne <sup>1)</sup>	51,8	54,4	57,0
Wiesen <sup>1)</sup>	43,0	45,4	47,2
Ackerwiesen <sup>1)</sup>	42,6	46,0	47,8

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

der einige Qualitätsverluste eingetreten, weil das Gras überständig wurde oder das geschnittene Erntegut verschiedentlich starken Regenfällen ausgesetzt war. Die Schätzung der Mengenerträge brachte jedoch recht gute Ergebnisse. Für alle Rauhfutterarten zusammen ergaben sich 48,4 dz Heu je ha gegenüber 46,5 dz im vergangenen Jahr und 44,2 dz im Sechsjahresdurchschnitt 1962/67. Der bisher höchste Hektarertrag des ersten Grünfutterschnittes aus dem Jahre 1966 wurde nur um 1,4 dz unterschritten. Wiesen lieferten 47,2 dz je ha gegenüber 45,4 bzw. 43,0 dz in den Vergleichsjahren. Bei der Luzerne lag der Hektarertrag mit 57,0 dz sogar noch etwas über dem Ergebnis von 1966. Da nach der Heuernte genügend Niederschläge gefallen sind, zeigen die Flächen inzwischen in allen Gebieten einen guten Futternachwuchs. Für den zweiten Schnitt ist daher ebenfalls mit reichlichen Erntemengen zu rechnen. Auch die Viehweiden werden in den nächsten Wochen eine ausgedehnte Nutzung ermöglichen, so daß in der Futterversorgung der Rinderbestände vorerst keine Schwierigkeiten eintreten dürften.

c. Hackfrüchte: Frühkartoffeln konnten in diesem Jahre größtenteils Ende März ausgepflanzt werden. Ab Ende April entwickelten sie sich durchaus zufriedenstellend. Die Spätfröste im Mai verursachten zwar in einzelnen Gebieten leichte Schäden, sie beeinträchtigten jedoch das günstige Gesamtbild nur unwesentlich. Die erste Vorschätzung, die Anfang Juli durch die Berichterstatter vorgenommen wurde, ergab einen voraussichtlichen Hektarertrag von 187,9 dz gegenüber 231,3 dz im Vorjahr und 191,1 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Inzwischen ist aber noch ein beträchtlicher Zuwachs erfolgt, so daß das endgültige Ergebnis mit großer Wahrscheinlichkeit deutlich über dem Sechsjahresdurchschnitt liegen wird. Der Rekordertrag von 1967 dürfte hingegen nicht erreicht werden.

Die Bestellung der mittelfrühen und späten Kartoffeln sowie der Zucker- und Runkelrüben erfolgte hauptsächlich während der zweiten Aprildekade. Infolge der zu dieser Zeit herrschenden Trockenheit verzögerte sich das Auflaufen der Rüben in

einigen Gebieten erheblich. Als Ende April wieder Niederschläge fielen, waren diese Anfangsschwierigkeiten im wesentlichen überwunden. Lediglich in Einzelfällen mußte eine Neubestellung der Rübenfelder vorgenommen werden. Im Mai verlief das Wachstum zunächst normal, es wurde jedoch zeitweise durch niedrige Temperaturen und Spätfröste gehemmt. Ab Ende Mai entwickelten sich dann alle Hackfrüchte bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und Wärme sehr vorteilhaft. Anfang Juli, als sich die Bestandsreihen bereits überall geschlossen hatten, wurde der Wachstumsstand mit Noten zwischen 2,4 und 3,0 ähnlich günstig beurteilt wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Spätkartoffeln erhielten eine etwas geringere, Zuckerrüben die gleiche und Runkelrüben sogar eine etwas bessere Bewertungsziffer als 1967. Für die Hackfrüchte können daher auch in diesem Jahre wieder reichliche Erträge erwartet werden.

### 3. Wein

Die im Januar an Knospen und Holz entstandenen Frostschäden konnten durch entsprechende Schnittmaßnahmen weitgehend ausgeglichen werden. Der Austrieb der Reben setzte infolge der ungewöhnlich warmen Witterung bereits um den 20. April ein und damit etwa zehn Tage früher als 1967 und auch zeitiger als in den meisten vorausgegangenen Jahren. Nachdem schon die Holzausreife deutlich geringer als 1967 beurteilt worden war, erfolgte auch der diesjährige Rebenaustrieb weniger gleichmäßig. Durch die Ende April einsetzende unbeständige und zeitweise zu kühle Witterung ging der ursprüngliche Wachstumsvorsprung im Laufe des Monats Mai wieder weitgehend verloren. Ende Mai wurde der Rebenstand mit der

Wachstumsstand der Reben und Traubenansatz Ende Juli 1968

Weinbaugebiet	Wachstumsstand		Traubenansatz 1968		
	1967	1968	schlecht	mittel	gut
	Noten <sup>1)</sup>		% der eingegangenen Berichte		
Mittelrhein	2,1	2,5	-	53	47
Nahe (Reg. Bez. Koblenz)	1,8	2,6	13	77	10
Obermosel	2,9	2,7	19	67	14
Saar	2,0	2,4	18	59	23
Ruwer	1,8	2,5	10	80	10
Mittelmosel	1,9	2,4	2	76	22
Untermosel	2,2	2,4	3	71	26
Ahr	2,1	2,0	-	50	50
Lahn	2,5	2,8	-	100	-
Rheinland-Nassau	2,0	2,5	7	70	23
Worms	1,8	2,3	3	68	29
Oppenheim	1,4	2,4	-	80	20
Mainz	1,8	2,0	-	42	58
Ingelheim	2,0	2,2	-	55	45
Wiesbach	1,8	2,6	-	87	13
Bingen	1,7	2,1	-	100	-
Nahe (Reg. Bez. Rheinhessen)	1,9	2,2	-	63	37
Alzey	1,9	2,3	-	60	40
Rheinhessen	1,8	2,3	1	63	36
Mittelhaardt	2,0	2,5	4	79	17
Oberhaardt	1,8	2,5	3	74	23
Unterhaardt mit Zellertal	1,8	2,3	-	59	41
Nahe (Reg. Bez. Pfalz)	2,3	2,6	-	76	24
Pfalz	1,9	2,5	2	71	27
Rheinland-Pfalz	1,9	2,4	4	69	27

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.



Note 2,4 im Landesdurchschnitt zwar wesentlich besser als mittel, aber doch geringer als im Jahr vorher (2,2) beurteilt. Danach entwickelten sich die Reben wieder günstiger, was Ende Juni in der Verbesserung der Wachstumsnote auf 2,3 zum Ausdruck kam. Bemerkenswert war vor allem die Einheitlichkeit des Rebenstandes in fast allen Weinbaugebieten des Landes. Nur in wenigen Fällen gab es nennenswerte Abweichungen vom günstigen Landesdurchschnitt.

Die Blüte der Reben begann bei etwa der Hälfte aller Rebflächen um den 20. Juni, in den übrigen Gebieten wenige Tage später. Sie vollzog sich in 50% der Weinbaugemeinden innerhalb von zehn Tagen. Damit setzte die Rebenblüte etwa zum gleichen Zeitpunkt ein wie 1967, sie dauerte jedoch etwas länger als vor Jahresfrist. Begünstigt durch die hochsommerliche Witterung kam sie auch in den nördlichen Weinbaugebieten in den ersten Julitagen überall zum Abschluß. Der Gescheinansatz wurde Ende Juni von 60% der Berichterstatter als gut und damit ebenso vorteilhaft beurteilt wie 1967. Der Verlauf der Rebenblüte gestaltete sich jedoch wesentlich ungünstiger. Während im vergangenen Jahr 53% der Berichterstatter den Blütenverlauf als gut bezeichnet hatten, waren es in diesem Jahre nur 14%. Besonders in den ersten Tagen der Blüte traten verschiedentlich heftige Gewitterregen mit Sturmböen und außerdem starke Temperaturunterschiede auf, die den Blütenverlauf nachteilig beeinflussten. In den meisten Weinbaugebieten kam es bei allen bedeutenden Rebsorten zu recht erheblichen Verrieselungsschäden, deren Ausmaß erst Ende Juli voll überschaut werden konnte. Nach Schätzungen der Berichterstatter sind auf etwa 23% der Ertragsrebfläche schwache, auf 13% mittlere und auf 4% starke Schäden entstanden, während etwa 60% ohne nachteilige Einflüsse blieben. In vielen Lagen hängen an zahlreichen Trauben nur wenige Beeren. Ähnlich große Verrieselungsschäden sind zuletzt in den Jahren 1961 und 1962 aufgetreten. Die Beurteilung des Traubenansatzes (27% gut, 69% mittel) fiel daraufhin wesentlich geringer aus als die des Gescheinansatzes vor vier Wochen. Der allgemeine Rebenstand hat sich ebenfalls wieder auf 2,4 verschlechtert. Auch im Vergleich zu Ende Juli 1967 läßt sich hinsichtlich der beiden Merkmale, die für die Beurteilung der Ertragserwartungen entscheidend sind, ein deutlicher Rückstand feststellen. Der Traubenansatz wurde damals von 76% der Berichterstatter als gut bezeichnet, der allgemeine Rebenstand erhielt sogar die ausgezeichnete Begutachtungsziffer von 1,9, die sich damit gegenüber dem Vormonat erheblich verbessert hatte. Ferner sei erwähnt, daß die häufigen Niederschläge im Juli 1968 das Auftreten der Peronospora begünstigten.

Die Ende Juni noch berechtigten guten Mengenaussichten sind daher erheblich geschmälert worden. Nach dem Stand von Ende Juli kann eine Weinmosternte erwartet werden, die mengenmäßig etwa dem Sechsjahresdurchschnitt entspricht. Die Hektarerträge dürften aber in allen Weinbaugebieten deutlich unter denen von 1967 bleiben. Hinsichtlich der Qualität stehen die Aussichten nicht

schlecht, da die Entwicklung in den Weinbergen nur geringfügig gegenüber der zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres zurückliegt. Zur Erlangung eines ansprechenden Jahrgangs ist jedoch in den nächsten Wochen und Monaten noch viel Sonnenschein erforderlich.

#### 4. Obst

Die Aprikosenblüte setzte in diesem Jahre Ende der ersten Aprilwoche ein und damit etwa vier Wochen später als 1967. Die übrigen Steinobstarten sowie die Birnen folgten ab Mitte April, während die Apfelblüte nur wenige Tage später begann. Auf Grund der ab Mitte April herrschenden sehr warmen Witterung blühten in vielen Gebieten alle Obstarten gleichzeitig. Die Blüte verlief größtenteils sehr vorteilhaft und vollzog sich zum überwiegenden Teil innerhalb einer Woche. Lediglich in Höhengebieten verzögerte sie sich bei den Apfeln hochstämmen bis Ende der zweiten Maidekade. Hier sind dann auch einige Schäden durch Spätfröste entstanden. Alle Stein- und Beerenobstarten sowie die Birnen wiesen sehr reichliche, Äpfel dagegen nur durchschnittliche Blütenansätze auf. Die Apfelbäume in Intensivanlagen zeigten dabei ein günstigeres Bild als die größtenteils ungepflegten Hoch- und Halbstämme auf Acker- und Grünland, die infolge der Alternanz nach den letztjährigen großen Erträgen erwartungsgemäß wesentlich weniger Blüten angesetzt hatten. Letztere stießen auch bis Ende Juni noch zahlreiche Früchte ab (Junifall). Bei den übrigen Obstarten verlief die weitere Entwicklung durchaus normal.

Für Kirschen und die meisten Beerenobstarten liegen bereits endgültige Ernteergebnisse vor. Süßkirschen lieferten 32,8 kg je Baum gegenüber 23,0 kg im Vorjahr und 24,9 kg im Sechsjahresdurchschnitt 1962/67, Sauerkirschen 24,4 kg gegenüber knapp 20 kg in den Vergleichsjahren. Damit lagen die diesjährigen Erntemengen bei Süßkirschen um

Ernteschätzung für Obst 1968

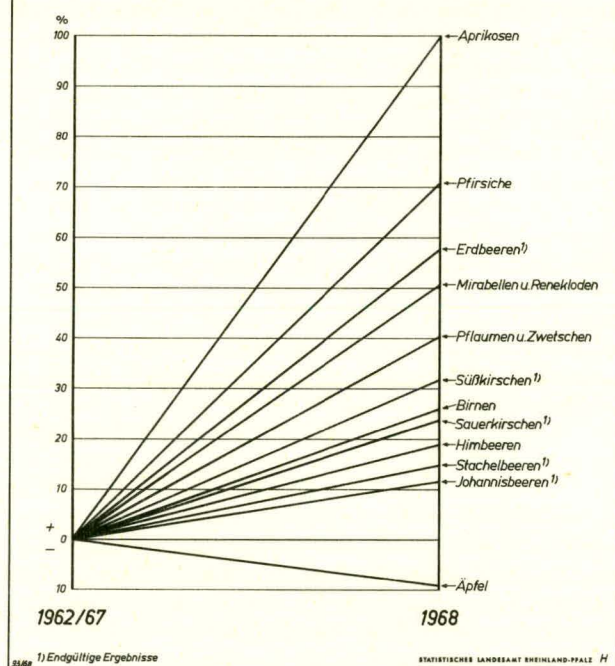
Obstart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung im Juli 1968
	Ø	1967	
	1962/67	1967	
kg je Baum			
Äpfel	24,9	36,2	22,6
Hoch- und Halbstämme	.	46,1	25,6
Viertelstämme und Buschbäume	.	23,8	20,3
Spindelbüsche, Spindeln u. Spaliere	10,4	14,2	12,9
Birnen	22,7	24,1	28,6
Hoch- und Halbstämme	.	28,9	34,1
Viertelstämme und Buschbäume	.	15,9	20,1
Spindeln und Spaliere	9,0	12,2	13,1
Kirschen	22,4	21,3	28,2 <sup>1)</sup>
Süßkirschen	24,9	23,0	32,8 <sup>1)</sup>
Sauerkirschen	19,7	19,8	24,4 <sup>1)</sup>
Pflaumen und Zwetschen	18,8	13,4	26,4
Mirabellen und Renekloden	15,6	11,6	23,5
Aprikosen	13,4	16,4	26,8
Pfirsiche	11,7	9,9	20,0
Johannisbeeren (kg je Strauch)	2,6	2,4	2,9 <sup>1)</sup>
rote und weiße	2,7	2,6	3,1 <sup>1)</sup>
schwarze	2,3	1,9	2,4 <sup>1)</sup>
Stachelbeeren (kg je Strauch)	2,7	2,5	3,1 <sup>1)</sup>
Himbeeren (kg je qm)	1,5	1,6	1,9
Erdbeeren (dz je ha)	52,1	74,8	82,1 <sup>1)</sup>

1) Endgültiger Ertrag.



## Voraussichtliche Obsternte 1968

Veränderung der Erträge gegenüber dem Sechsjahresdurchschnitt 1962/67



rund 72 000 dz und bei Sauerkirschen um 41 000 dz über denen von 1967. In Rheinhessen, dem größten Sauerkirschenanbaugebiet der Bundesrepublik, wurden annähernd 116 000 dz Sauerkirschen geerntet gegenüber rund 106 000 dz im letzten Jahre. Die Qualität der Kirschenenernte war befriedigend, in einigen Gebieten wurde jedoch ein Teil der Ernte durch die starken Regenfälle beschädigt. Bei Johannis- und Stachelbeeren blieben die endgültigen Straucherträge ebenfalls deutlich über den Vergleichswerten der Vorjahre. Die Erdbeerenernte belief sich auf rund 18 000 dz und übertraf die schon sehr reichliche Ernte des Vorjahres noch um rund 2 000 dz. Die Flächenleistung betrug 82,1 dz je ha gegenüber 74,8 dz im Vorjahr und 52,1 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Ein Hektarertrag in dieser Höhe ist in Rheinland-Pfalz bisher noch nie erreicht worden.

Für Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen und Renekloden, Aprikosen sowie Pfirsiche bestehen ebenfalls recht gute Ertragsaussichten. Für diese Obstarten fielen die Ergebnisse der Vorschätzung Mitte Juli bereits etwa doppelt so hoch aus wie die endgültigen Ergebnisse des vergangenen Jahres. Insbesondere bei Pflaumen und Zwetschen sind daher wieder Absatzschwierigkeiten zu befürchten, wie sie zuletzt 1961 und 1963 auftraten. Bei Äpfeln ist nach der reichlichen Ernte des Vorjahres im allgemeinen ein mittlerer, in den Erwerbsanlagen jedoch ein überdurchschnittlicher Ertrag zu erwarten. Nach den ersten Ergebnissen repräsentativer Erntemessungen kann bei den frühen Apfelsorten im Vergleich zum Vorjahr mit einer Zunahme um etwa 75% gerechnet werden. Bei Birnen liegen die Vorschätzungen ebenfalls wesentlich höher als im Jahre 1967 und im mehrjährigen Durchschnitt.

## 5. Gemüse

Für das Wachstum der Gemüsekulturen herrschten bisher im großen und ganzen recht günstige Wetterverhältnisse. Lediglich in der zweiten Aprilhälfte sowie Mitte Mai verlief die Entwicklung infolge einer kurzen Trockenperiode bzw. zu kühler Witterung etwas verhalten. Während der übrigen Zeit reichten Bodenfeuchtigkeit und Temperaturen für ein zügiges Wachstum aus.

Die bereits endgültig geschätzten überwinterten und frühen Gemüsearten lieferten ohne Ausnahme höhere Hektarerträge als 1967 und im Sechsjahresdurchschnitt 1962/67. Spargel brachte 50,5 dz je ha gegenüber 42,2 bzw. 41,0 dz. Die Gesamternte belief sich auf 35 800 dz und war um 6 000 dz größer als im Vorjahr. Für Frühjahrskopfsalat ergab sich ein Hektarertrag von 158,0 dz gegenüber 153,2 bzw. 134,0 dz in den Vergleichsjahren. Ganz erheblich über dem mehrjährigen Durchschnitt lagen die Flächenleistungen bei Adventswirsing, Winterspinat, Frühweißkohl, Frührotkohl, Frühwirsing, frühen Möhren und Frischerbsen.

Alle mittelfrühen Gemüsearten werden voraussichtlich ebenfalls überdurchschnittliche Hektarerträge bringen. Die Ergebnisse der Vorschätzung für Buschbohnen und Schälgurken im Juli übertrafen auch bereits die endgültigen Ergebnisse des Vorjahres, während sie für die besonders wärmeliebenden Arten wie Steckzwiebeln, Stangenbohnen, Einlegegurken und Tomaten darunter blieben. Bei Steckzwiebeln und Einlegegurken ist die Differenz zum vorjährigen Ergebnis jedoch nur geringfügig. Buschbohnen, die zu den bedeutendsten Gemüsearten in Rheinland-Pfalz zählen, werden voraussichtlich 96,2 dz je ha liefern gegenüber 89,4 im Vorjahr und 80,0 im Sechsjahresdurchschnitt 1962/67. Für Tomaten wurden vorläufig 283,9 dz je ha geschätzt, so daß das Rekordergebnis des vergangenen Jahres von 336,1 dz sehr wahrscheinlich nicht erreicht wird. Bei einer günstigen Weiterentwick-

Gemüseart	Endgültiger Ertrag		
	1962/67	1967	1968 <sup>1)</sup>
	dz/ha		
Adventswirsing	147,4	158,3	181,1
Winterkopfsalat	100,0	107,6	108,9
Winterspinat	118,1	144,9	156,4
Frühjahrsspinat	104,9	128,1	129,4
Frühweißkohl	225,6	236,7	279,6
Frührotkohl	206,4	221,5	259,1
Frühwirsing	171,9	180,2	211,9
Frühblumenkohl	138,8	148,5	154,1
Frühe Möhren	214,6	218,2	248,1
Frischerbsen	76,1	83,0	109,0
Dicke Bohnen	112,4	126,0	133,7
Frühkohlrabi	144,1	155,9	168,0
Frühjahrskopfsalat	134,0	153,2	158,0
Spargel	41,0	42,2	50,5
Rhabarber	243,9	278,3	280,0
Steckzwiebeln	215,8	268,8	268,7 <sup>2)</sup>
Buschbohnen	80,0	89,4	96,2 <sup>2)</sup>
Stangenbohnen	106,8	127,6	112,1 <sup>2)</sup>
Einlegegurken	136,9	149,1	148,7 <sup>2)</sup>
Schälgurken	167,1	161,0	196,9 <sup>2)</sup>
Tomaten	291,5	336,1	283,9 <sup>2)</sup>

1) Errechnet nach den Flächen der Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau vom Februar 1968, für Rhabarber nach der Erhebung vom Juli 1967. - 2) Vorschätzung Mitte Juli 1968.



Gemüseart	1966	1967	1968
	Noten 1)		
Mittelfrüher und Spätblumenkohl	2, 8	2, 5	2, 1
Sommer- und Herbstkopfsalat	2, 7	2, 5	2, 2
Späte Möhren	2, 3	2, 5	2, 4
Saatzwiebeln	2, 5	2, 4	2, 0
Herbstweißkohl	2, 2	2, 6	2, 5
Dauerweißkohl	2, 4	2, 5	2, 5
Herbstrotkohl	2, 2	2, 5	2, 3
Dauerrotkohl	2, 3	2, 3	2, 3
Herbstwirsing	2, 3	2, 5	2, 2
Dauer- einschl. Winterwirsing	2, 2	2, 3	2, 3

1) 1, 0 = sehr gut, 2, 0 = gut, 3, 0 = mittel, 4, 0 = gering, 5, 0 = sehr gering.

lung kann jedoch der Hektarertrag im Sechsjahresdurchschnitt (291,5 dz) durchaus noch übertroffen werden.

Für die späten Gemüsearten, die erst im Herbst zur Ernte anstehen, liegen noch keine näheren Ertragsangaben vor. Auf Grund der Beurteilung des derzeitigen Wachstumsstandes und der Tatsache, daß den späten Kulturen vorerst genügend Feuchtigkeit zur Verfügung steht, dürften auch diese Arten mit großer Wahrscheinlichkeit wieder recht gute Flächenleistungen erbringen. Die Begutachtungsziffern liegen bei allen späten Gemüsearten wesentlich günstiger als mittel und teilweise auch noch besser als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Besonders vorteilhaft wurden mittelfrüher und Spätblumenkohl, Sommer- und Herbstkopfsalat, Saatzwiebeln und Herbstwirsing beurteilt. Abschließend läßt sich feststellen, daß nach den guten Gemüseernten der letzten drei Jahre erneut mit sehr reichlichen Erntemengen für die meisten Arten zu rechnen ist.

Dr. J. Töniges

## Hennenhaltung im Dezember 1967

In die im Rahmen der allgemeinen Viehzählung im Dezember alle zwei Jahre zu treffenden Feststellungen über das Verhältnis von Viehbestand zu landwirtschaftlicher Nutzfläche wurden auch 1967 wieder die Legehennen- und Masthühnerhaltungen einbezogen. Die Ergebnisse dieser Feststellungen vermitteln einen Einblick in die Strukturverhältnisse und unterrichten über zwischenzeitliche Veränderungen.

Wie die Schweinehaltung ist die Haltung von Geflügel weitgehend unabhängig von einer wirtschaftseigenen Futtergrundlage und kann daher ohne landwirtschaftliche Nutzfläche betrieben werden. Ähnlich dieser ist sie auch in hohem Grade mechanisierbar. Sie eignet sich deshalb in besonderem Maße für den Betrieb auf gewerblicher Basis. Die gewerbliche Betriebsform hat in diesem bedeutenden Sektor der tierischen Erzeugung eine zunehmende Verbreitung gefunden, und zwar nicht nur innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe, in denen die Geflügelhaltung mehr und mehr zu einem vollwertigen Betriebszweig ausgebaut wurde, sondern auch Unternehmen außerhalb der Landwirtschaft beteiligen sich vermehrt an der Eier- und Geflügelfleischerzeugung und treten mit der landwirtschaftlichen Produktion in Konkurrenz. Diese Verlagerungen beeinflussen naturgemäß auch den Markt. Eine laufende Beobachtung der Produktionsentwicklung sowohl in der landwirtschaftlichen als auch in der gewerblichen Wirtschaftsform ist aus diesem Grunde unerlässlich.

### 1. Bestandsgrößen

Von den im Dezember 1967 vorhandenen rund 138 000 Hühnerhaltern besaßen fast alle, nämlich 136 000 oder 98,8%, auch Legehennen. Insgesamt umfaßte der Legehennenbestand annähernd 4,2 Mill. Tiere, Hennen unter einem halben Jahr nicht mitgerechnet. Verglichen mit dem Stand vor zwei Jahren hat sich der Hennenbestand erneut, und zwar um gut 0,5 Mill. Tiere vergrößert (+ 14,5%), die Zahl der Halter jedoch abermals beträchtlich verringert (— 18 000 oder — 11,9%). Die langfri-

stig zu beobachtende Tendenz zur Konzentration hat sich mithin auch in der Legehennenhaltung in den vergangenen zwei Jahren fortgesetzt. Entfielen im Vergleichsjahr 1965 im Durchschnitt noch 23,5 Legehennen auf je einen Halter, so waren es 1967 bereits 30,6 Tiere. Die Verteilung auf die einzelnen Bestandsgrößenklassen läßt erkennen, daß von dieser Entwicklung nur die Haltungen mit 500 und mehr Hennen profitierten, während diejenigen mit weniger Tieren zahlenmäßig einbüßten. Zwar ist damit die immer noch relativ starke Aufsplitterung des Hennenbestandes in Kleinhaltungen nicht beseitigt, jedoch wiederum merklich eingedämmt worden. So war die Gruppe der Kleinsthaltungen, die weniger als 20 Tiere besitzen, an dem Rückgang der Halterzahlen mit Abstand am stärksten beteiligt. Seit 1965 reduzierte sie sich um ungefähr 16 000 auf 105 000, bildet mit einem Anteil von 77,2% an den Hennenhaltungen (1965 = 78,4) jedoch nach wie vor das Gros. Allerdings entfällt auf die Haltungen dieser Größe derzeit nurmehr ein Anteil von 24,0% aller Hennen (knapp 1 Mill. Tiere), während es vor zwei Jahren noch 31,3% und vor vier

Verteilung der Hennenhaltungen und Hennen auf die Betriebsgrößenklassen 1963, 1965 und 1967

Betriebsgrößenklasse nach dem Bestand und der LN	Halter			Hennen		
	1963	1965	1967	1963	1965	1967
	%					
1 - 19 Hennen	81,5	78,4	77,2	39,8	31,3	24,0
20 - 49 "	14,7	16,7	17,7	20,6	18,6	15,0
50 - 99 "	2,0	2,5	2,5	6,8	6,6	5,1
100 - 249 "	1,1	1,4	1,4	8,8	8,7	6,8
250 - 499 "	0,4	0,5	0,6	7,1	7,8	6,3
500 - 999 "	0,2	0,3	0,3	6,4	8,3	7,5
1 000 - 2 999 "	0,1	0,2	0,2	6,9	9,6	10,7
3 000 und mehr "	0,0	0,0	0,1	3,6	9,1	24,6
unter 0,5 ha	40,6	38,0	37,5	26,8	24,1	30,3
0,5 bis 2 "	14,5	14,3	13,2	10,6	9,8	7,6
2 " 5 "	16,9	16,8	16,1	14,4	13,0	10,9
5 " 10 "	14,9	15,4	15,5	17,7	17,5	17,0
10 " 20 "	10,8	12,6	14,0	19,9	21,6	19,6
20 " 50 "	2,2	2,8	3,6	8,1	10,5	11,0
50 " 100 "	0,1	0,1	0,1	1,8	2,5	2,6
100 und mehr "	0,0	0,0	0,0	0,7	1,0	1,0



Betriebsgrößenklasse nach dem Bestand und der LN	Halter					Hennen				
	1963	1965	1967	Veränderung		1963	1965	1967	Veränderung	
				1965 zu	1967 zu				1965 zu	1967 zu
				1963	1965				1963	1965
	Anzahl			%		Anzahl			%	
1 - 19 Hennen	148 423	121 210	105 052	- 18,3	- 13,3	1 353 891	1 140 616	998 451	- 15,8	- 12,5
20 - 49 "	26 728	25 763	24 073	- 3,6	- 6,6	702 132	677 240	624 335	- 3,5	- 7,8
50 - 99 "	3 666	3 803	3 404	3,7	- 10,5	232 844	239 256	214 442	2,8	- 10,4
100 - 249 "	2 029	2 155	1 964	6,2	- 8,9	298 219	316 164	283 653	6,0	- 10,3
250 - 499 "	733	848	789	15,7	- 7,0	242 624	281 926	262 327	16,2	- 7,0
500 - 999 "	336	452	471	34,5	4,2	218 111	302 283	313 952	38,6	3,9
1 000 - 2 999 "	158	234	291	48,1	24,4	235 291	349 936	445 387	48,7	27,3
3 000 und mehr "	24	52	81	116,7	55,8	121 666	331 417	1 023 159	172,4	208,7
unter 0,5 ha	73 898	58 724	51 064	- 20,5	- 13,0	912 333	878 215	1 259 631	- 3,7	43,4
0,5 bis 2 "	26 483	22 093	18 017	- 16,6	- 18,4	359 228	355 905	316 988	- 0,9	- 10,9
2 " 5 "	30 735	25 960	21 872	- 15,5	- 15,7	490 920	470 932	455 214	- 4,1	- 3,3
5 " 10 "	27 087	23 706	21 024	- 12,5	- 11,3	604 363	637 919	709 750	5,6	11,3
10 " 20 "	19 745	19 455	18 988	- 1,5	- 2,4	678 818	784 599	815 368	15,6	3,9
20 " 50 "	3 905	4 359	4 942	11,6	13,4	274 900	381 992	459 829	39,0	20,4
50 " 100 "	205	185	182	- 9,8	- 1,6	60 949	91 673	106 588	50,4	16,3
100 und mehr "	39	35	36	- 10,3	2,9	23 267	37 603	42 338	61,6	12,6
Insgesamt	182 097	154 517	136 125	- 15,1	- 11,9	3 404 778	3 638 838	4 165 706	6,9	14,5

Jahren sogar noch 39,8% waren. Von den Kleinsthaltungen läßt sich indessen nur etwa die Hälfte der Landwirtschaft zuordnen; der übrige Teil entfällt auf private Haushalte. Im einen wie im anderen Falle dürften hier die Hennen vorwiegend zum Zwecke der Selbstversorgung gehalten werden. Diese Haltungsgrößen sind deshalb für den Markt von nur geringerer Bedeutung, wiewohl andererseits die von hierher auf den Markt fließenden Produktionsmengen auch nicht unterschätzt werden sollten.

Eine zahlenmäßige Einbuße erfuhr auch die Gruppe der Haltungen mit 20 bis 49 Hennen, die mit einem Anteil von 17,7% den nächstgrößten Posten stellt. Innerhalb der letzten zwei Jahre ergab sich eine Reduzierung um ungefähr 1 700 auf 24 073 Halter. Dabei ermäßigte sich der hierauf entfallende Anteil des Hennenbestandes von 18,6 auf 15,0%. In diesen beiden Größenklassen zusammen waren demnach 94,9% aller Halter, aber nur noch 39% des Hennenbestandes vertreten. Im Jahre 1965 betrugen die entsprechenden Anteile noch 95,1 bzw. 49,9%.

Demzufolge waren gut sechs Zehntel der Hennen in nur 7 000 Betrieben (5,1%) mit jeweils 50 oder mehr Tieren zusammengefaßt. Seit 1965 verlagerte sich damit der Bestand erneut schwerpunktmäßig auf die oberen Haltungsgrößen. Diese Verschiebung wird auch an der Veränderung der Zahl der Betriebe in den einzelnen Bestandsgrößenklassen deutlich. So hat sich nicht nur die Zahl der kleinen Haltungen mit bis zu 49 Hennen verringert, auch die der Haltungen mit Beständen zwischen 50 und 499 Tieren ging um 649 auf 6 157 zurück. Demgegenüber stieg die Zahl der Betriebe in der Größenklasse von 500 bis 999 Hennen von 452 auf 471 (+ 4,2%) und in der von 1 000 bis 2 999 von 234 auf 291 (+ 24,4%) und in der von 3 000 und mehr Hennen sogar von 52 auf 81 (+ 55,8%) an.

## 2. Betriebsgrößen

Mit der Zusammenfassung zu größeren Bestands-einheiten verlagerte sich der Hennenbestand stärke

ker in die Betriebe mit weniger als 0,5 und mit 5 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Obwohl die Zahl der Haltungen in allen Größenklassen, mit Ausnahme derjenigen mit 20 bis 50 und der mit 100 und mehr ha LN, kleiner war als 1965, stieg die Zahl der Hennen in den Betrieben mit weniger als 0,5 ha um fast die Hälfte auf rund 1,26 Mill. oder 30,3% der Gesamtzahl. In den Betrieben zwischen 0,5 und 5 ha ging sie dagegen um 54 600 auf 772 000 zurück, wogegen in den Betrieben mit größeren Flächen wieder Bestandsvergrößerungen erfolgten. Das traf vor allem bei den Betrieben mit 20 bis 50 ha zu, die mit 460 000 um 20,4% mehr Tiere hielten. Aber auch die Betriebe zwischen 50 und 100 und die mit 100 und mehr ha LN verzeichneten mit 16,3 bzw. 12,6% auffallend hohe relative Bestandszugänge. Diese Entwicklung deutet auf eine fortschreitende Intensivierung in den Betrieben außerhalb der Landwirtschaft wie auch in den landwirtschaftlichen Mittelbetrieben hin, während in den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben die Hühnerhaltung zurückgeht. Dies wird, soweit es den landwirtschaftlichen Sektor betrifft, auch durch die Entwicklung der Zahl der Halter unterstrichen. In der Größenklasse von 0,5 bis 2 ha schrumpfte sie um rund 4 000 auf 18 000 (- 18,4%), in der Größenklasse von 2 bis 5 ha um 4 100 auf 21 900 (- 15,7%) und in der Größenklasse von 5 bis 10 ha um 2 700 auf 21 000 (- 11,3%) zusammen, wogegen sich die Zahl der Haltungen mit 10 bis 20 ha nur um nicht ganz 500 oder 2,4% auf 19 000 verringerte und die derjenigen mit 20 bis 50 ha sogar um 600 oder 13,4% auf 4 900 anstieg. Die Verlagerung der Hennenhaltung auf die größeren Betriebe dürfte zum Teil auf die mit dem Wachsen der Haltungsgrößen steigenden Anforderungen an die Betriebsvoraussetzungen zurückzuführen sein. Zum Teil ist diese Erscheinung aber auch eine zwangsläufige Folge der allgemein in der Landwirtschaft zum größeren Betrieb hin tendierenden Entwicklung.

P. Porn



# Wohngeldzahlungen im Jahre 1967 und Wohngeldempfänger am 1. Januar 1968

Die Ablösung des Gesetzes über Wohnbeihilfen vom Jahre 1963 durch das neue Wohngeldgesetz vom 1. April 1965 hatte wegen der erweiterten Anspruchsgrundlagen und der Anpassung der Lastenzuschüsse an die Mietzuschüsse — dies bedeutete eine wesentliche Vereinfachung und Erleichterung für den Antragsteller — zur Folge, daß die Zahl Wohngeldbearbeitungsfälle 1965 und vor allem auch noch 1966 sprunghaft anstieg. Damit erhöhte sich auch die Zahl der Wohngeldempfänger ganz erheblich. Schon bei Vorliegen der Ergebnisse der Wohngeldstatistik für 1966 war aber abzusehen, daß die Zeit der schnellen Zunahme dem Ende zugeing und daß nach Konsolidierung des Verfahrens und nach breiterem Bekanntwerden der rechtlichen Voraussetzungen in der Bevölkerung ein gewisser Pegelstand an laufenden Wohngeldfällen zu erwarten war, der sich, ähnlich wie bei der Sozialhilfe, in Zukunft nicht mehr so stark verändern und, insbesondere auf längere Sicht, auch seine Struktur behalten würde. Für das Jahr 1967 war allerdings nochmals eine verhältnismäßig hohe Steigerungsquote bei den Empfängern vorausgesagt worden. Diese Voraussage ist auch eingetroffen, denn bei einem Rückgang der Bearbeitungsfälle von rund 60 600 im Jahre 1966 auf etwa 52 700 im Berichtsjahr erhöhte sich die Zahl der Wohngeld-

empfänger von 23 095 am 1. Januar 1967 um 17,1% auf 27 034 Anfang 1968. Dieser Zunahme von 3 939 Empfängern stand im Vorjahre immerhin noch eine Steigerung um 10 766 Empfänger gegenüber.

## 1. Regionale Entwicklung

a. Bearbeitungsfälle: Der Rückgang der Bearbeitungsfälle — er betrug 13% — bedeutete für die Bewilligungsstellen eine gewisse Arbeitserleichterung, welche sich auch in einem Absinken der unerledigten Fälle ausdrückte. Hier betrug die Abnahme sogar über 30%, denn am 1. Januar 1968 gab es nur noch 5 582 unerledigte Fälle gegenüber 8 069 ein Jahr zuvor. Der weitaus größte Teil bezog sich wieder auf Mietzuschüsse (rund 78%). Bei den Fällen von Mietzuschuß war das Verhältnis der erledigten zu den unerledigten Fällen günstiger als bei denen von Lastenzuschuß (90 : 10 gegenüber 86 : 14). Offenbar nimmt hier die Prüfung der Anspruchsgrundlagen doch einen breiteren Raum ein. Unter den erledigten Fällen waren beim Mietzuschuß 31,4%, beim Lastenzuschuß 26,1% bewilligte Erstanträge. Die Relation der Versagungen, Ablehnungen und Einstellungen zu den Erstbewilligungen hat sich gegenüber 1966 wesentlich verbessert (17,8%, im Vorjahr fast 25%), ein Zeichen dafür, daß die Rechtsgrundlagen mit der Zeit besser bekannt geworden sind. Dies gilt besonders für den Mietzuschuß, denn hier betrug der entsprechende Wert nur 14,7%, beim Lastenzuschuß dagegen noch 29,8%.

In der regionalen Untergliederung läßt sich deutlich feststellen, in welchem starkem Maße eine einzige Verwaltungsmaßnahme auf die Wohngeldgewährung eines Regierungsbezirks eingewirkt hat. Es ist dies die Deklaration der Stadt Mainz zum „weißen Kreis“ ab 1. Juli 1966, welche noch bis in das Jahr 1967 hineinwirkte, und zwar ganz einfach deshalb, weil die Erhöhung der Mieten und damit die Schaffung von Ansprüchen auf Wohngeld im Anschluß an diesen Schritt sich einige Zeit hinzog. Während die übrigen Regierungsbezirke einen Rückgang in den Bearbeitungsfällen auswiesen — von den 7 942 Fällen des Gesamttrückganges entfielen allein 7 173 auf die Regierungsbezirke Koblenz und Pfalz —, hatte Rheinhessen gegenüber dem Vorjahre über 900 Fälle mehr. In Mainz selbst stieg die Zahl der Bearbeitungsfälle von 3 062 auf 4 233.

b. Empfänger: Die 27 034 Wohngeldempfänger am 1. Januar 1968 verteilten sich zu 85,2% auf Miet- und zu 14,8% auf Lastenzuschußempfänger. Damit hat sich gegenüber dem 1. Januar 1967 praktisch nichts geändert. Dieses Bild variiert aber je nach der Struktur der einzelnen regionalen Teilgebiete sehr stark. In den drei Großstädten machten die Mietzuschußempfänger aus naheliegenden Gründen 97 bis 99% aus, und auch in den industriell stärker besetzten Regierungsbezirken Koblenz, Rheinhessen und Pfalz kam diese Empfängergruppe noch auf 83 bis 89%. In den mehr agra-

Wohngeldbearbeitungsfälle in den Regierungsbezirken  
und Großstädten nach Zuschußarten und Art der Erledigung 1967

Regierungs- bezirk	Ins- gesamt	Erledigte Anträge			Uner- ledigte Anträge
		zu- sam- men	Be- willigte Erst- anträge	Versa- gungen u. Ableh- nungen, Einstel- lungen	
Insgesamt					
Koblenz	16 002	14 694	4 505	2 828	1 308
Koblenz, St.	2 489	2 316	713	418	173
Trier	8 851	7 699	2 014	1 755	1 152
Montabaur	3 461	3 063	832	759	398
Rheinhesen	8 902	8 303	2 692	782	599
Mainz, St.	4 233	4 101	1 469	121	132
Pfalz	15 468	13 343	4 218	2 268	2 125
Ludwigshafen, St.	2 605	2 006	712	310	599
Insgesamt	52 684	47 102	14 261	8 392	5 582
Fälle von Mietzuschuß					
Koblenz	12 292	11 336	3 691	1 809	956
Koblenz, St.	2 408	2 245	690	406	163
Trier	5 780	5 093	1 274	1 039	687
Montabaur	2 463	2 193	669	386	270
Rheinhesen	7 786	7 401	2 415	620	385
Mainz, St.	4 118	4 003	1 447	98	115
Pfalz	12 970	11 304	3 660	1 624	1 666
Ludwigshafen, St.	2 555	1 967	704	294	588
Zusammen	41 291	37 327	11 709	5 478	3 964
Fälle von Lastenzuschuß					
Koblenz	3 710	3 358	814	1 019	352
Koblenz, St.	81	71	23	12	10
Trier	3 071	2 606	740	716	465
Montabaur	998	870	163	373	128
Rheinhesen	1 116	902	277	162	214
Mainz, St.	115	98	22	23	17
Pfalz	2 498	2 039	558	644	459
Ludwigshafen, St.	50	39	8	16	11
Zusammen	11 393	9 775	2 552	2 914	1 618



Regierungs- bezirk	1. 1. 1967			1. 1. 1968			Veränderung		
	ins- gesamt	Miet- zuschuß	Lasten- zuschuß	ins- gesamt	Miet- zuschuß	Lasten- zuschuß	ins- gesamt	Miet- zuschuß	Lasten- zuschuß
	Anzahl						%		
Koblenz	7 846	6 494	1 352	8 767	7 285	1 482	11,7	12,2	9,6
Koblenz, St.	1 543	1 498	45	1 577	1 530	47	2,2	2,1	4,4
Trier	3 832	3 077	755	4 312	3 276	1 036	12,5	6,5	37,2
Montabaur	1 341	1 091	250	1 540	1 261	279	14,8	15,6	11,6
Rheinhausen	2 656	2 447	209	4 174	3 861	313	57,2	57,8	49,8
Mainz, St.	568	548	20	1 712	1 684	28	201,4	207,3	40,0
Pfalz	7 420	6 581	839	8 241	7 361	880	11,1	11,9	4,9
Ludwigshafen, St.	1 281	1 249	32	1 390	1 372	18	8,5	9,8	- 43,8
<b>Insgesamt</b>	<b>23 095</b>	<b>19 690</b>	<b>3 405</b>	<b>27 034</b>	<b>23 044</b>	<b>3 990</b>	<b>17,1</b>	<b>17,0</b>	<b>17,2</b>

risch bestimmten Bezirken Trier und Montabaur stellten sich dagegen die Empfänger von Lastenzuschuß auf 24,0 bzw. 18,1%. Die schon erwähnte Freigabe der Mieten in Mainz bewirkte, daß die Empfänger von Wohngeld in Mainz sich verdoppelten, wodurch in Rheinhausen eine Steigerung um fast 58% eintrat gegenüber einem Satz von 17,1% im Lande. Im Laufe des Jahres 1968 dürften sich diese hohen Quoten aber nicht mehr wiederholen, da 1967 die letzten Schutzfristen für die Kündigung von Mietverträgen in Mainz, die im Höchstfalle ein Jahr betragen konnten, endgültig abgelaufen sind. In den beiden anderen Großstädten Koblenz und Ludwigshafen sind die Zunahmeraten mit 2,1 bzw. 8,5% wesentlich kleiner als im Landesdurchschnitt. Wahrscheinlich sprechen sich in einer Stadt die Möglichkeiten und die Voraussetzungen einer solchen sozialen Maßnahme schneller herum als auf dem Lande, wobei in der Stadt auch noch die Anonymität des Antragstellers gegenüber der Behörde, welche vom Psychologischen her die Antragstellung erleichtern mag, eine gewisse Rolle spielt.

## 2. Ausgezahlte Beträge

Trotz der Steigerung der Zahl der Wohngeldempfänger um über 17% stiegen die ausgezahlten Beträge nur um 5,4% auf 18,5 Mill. DM an. Nun kann man zwar diesen Betrag nur bedingt den Empfängern gegenüberstellen, um Durchschnittswerte zu erhalten, weil in den Auszahlungen für 1967 noch erhebliche Beträge für bereits 1966 laufende Ansprüche enthalten sind (Nachzahlungen). Trotzdem darf man wohl ganz allgemein feststellen, daß der Durchschnittsbetrag je Empfänger geringer

geworden ist. Dies ist auch ganz natürlich, denn solange die gesetzlichen Bestimmungen nicht geändert werden, ist die Tendenz der geringer werdenden Durchschnittsbeträge eindeutig in dem Gesetzeswerk begründet, weil jede Einkommenserhöhung automatisch die Ansprüche herabsetzt. Wie noch zu zeigen sein wird, besteht der größte Teil der Wohngeldempfänger aus Rentnern und Pensionären, die, soweit sie Rentner sind, bei allgemein steigendem Lohnniveau jedes Jahr durch die Rentenanpassungsgesetze eine Einkommenssteigerung haben. Auch die übrigen berufstätigen Empfänger hatten bis jetzt trotz des Nachlassens der wirtschaftlichen Aktivität 1967 kaum eine Einkommenseinbuße hinzunehmen. Bei wieder steigenden Löhnen, Gehältern und Renten müßte, eine gleichbleibende Struktur des Empfängerkreises vorausgesetzt, 1968 der Durchschnittsbetrag des ausgezahlten Wohngeldes noch weiter sinken.

Ausgezahlte Wohngeldbeträge nach Regierungsbezirken und Zuschußarten 1967

Regierungs- bezirk	Ins- gesamt	Miet- zuschuß		Lasten- zuschuß	
	1 000 DM		%	1 000 DM	%
Koblenz	5 856	4 197	71,7	1 659	28,3
Trier	3 225	1 888	58,5	1 337	41,5
Montabaur	1 042	711	68,2	331	31,8
Rheinhausen	3 122	1 567	82,2	555	17,8
Pfalz	5 284	4 175	79,0	1 109	21,0
Insgesamt	18 529	13 538	73,1	4 991	26,9

Nach Zuschußarten unterschieden verteilte sich der ausgezahlte Geldbetrag zu 73,1% auf Miet- und zu 26,9% auf Lastenzuschüsse. Da die entsprechende Relation bei den Empfängern aber 85,2 zu 14,8% betrug, muß der an den einzelnen Lastenzuschußempfänger gezahlte Betrag nicht unerheblich größer gewesen sein als die auf einen Mietzuschußempfänger entfallende Summe. Innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke lagen die Verhältnisse ähnlich, denn überall kam den Empfängern von Lastenzuschuß hinsichtlich der ausgezahlten Beträge eine größere Bedeutung zu, als ihrem zahlenmäßigen Gewicht entspricht. Besonders extrem zeigte sich dieser Sachverhalt im Bezirk Trier. Zwar zählten dort 76,0% aller Empfänger von Wohngeld zu den Empfängern von Mietzuschuß, jedoch entfielen auf sie nur 58,5% der Geldbeträge.

Ausgezahlte Wohngeldbeträge nach Zuschußarten 1964 - 1967

Zeitraum	Ins- gesamt	Miet- zuschuß		Lasten- zuschuß	
		1 000 DM	%	1 000 DM	%
1. Halbjahr 1964 <sup>1)</sup>	402	378	94,0	24	6,0
2. " 1964	999	925	92,6	74	7,4
1. " 1965	1 350	1 240	91,9	110	8,1
2. " 1965	4 066	3 508	86,3	558	13,7
1. " 1966	8 140	6 017	73,9	2 122	26,1
2. " 1966	9 437	6 375	67,6	3 061	32,4
1. " 1967	9 537	6 927	72,6	2 610	27,4
2. " 1967	8 992	6 611	73,5	2 381	26,5

1) Einschl. November und Dezember 1963.



### 3. Struktur der Empfänger

a. Einkommenslage, Haushaltsgröße und Höhe des Wohngeldes: Das Wohngeld als Differenz zwischen zu berücksichtigender und tragbarer Miete wird ganz entscheidend beeinflusst von der Einkommenslage und der Größe der antragstellenden Haushalte, wobei das anrechenbare Familieneinkommen im Wohngeldgesetz genau festgelegt ist. Von der Tatsache her, daß die Vermögensbildung in Form von Hausbesitz ein relativ hohes Familieneinkommen voraussetzt (auch wenn im Falle der Lastenzuschußempfänger dieses Einkommen nicht genügend hoch war, um soviel Eigenkapital anzusammeln, daß später eine tragbare Belastung im Sinne des Wohngeldgesetzes erreicht werden konnte), ist leicht erklärbar, warum der Kreis der Empfänger von Lastenzuschuß eine ganz andere Struktur aufweist als derjenige der Empfänger von Mietzuschuß. Bei letzterem handelt es sich von vornherein im wesentlichen um Familien, deren Einkommen nicht ausreichte, um die nach der Freigabe der Mieten erfolgten Mieterhöhungen ohne soziale Härte aufzufangen. Zu einem sehr großen Teil waren es erwartungsgemäß Rentner und Pensionäre.

Bei den Haushalten, welche einen Mietzuschuß erhielten, lag der Schwerpunkt auf den Empfängern mit einem monatlichen Wohngeld von 20 bis 60 DM, ganz gleich, ob man die Haushalte nach der Höhe ihres Einkommens oder nach der Haushaltsgröße untersucht. Zu einem Wohngeld von über 100 DM brachten es im nennenswerten Umfange nur die Haushalte mit einem monatlichen Einkommen zwischen 400 und 800 DM (401 bis 600 DM: 11,4%, 601 bis 800 DM: 14,0%) einerseits und andererseits die größeren Haushalte ab 4 Personen (4 Personen: 12,9%, 5 und mehr Personen: 22,8%). Auch bei der Wohngeldklasse von 80 bis unter 100 DM läßt sich ein strukturell ähnliches Bild feststellen. Die Wohngeldklasse unter 20 DM war mit Ausnahme der Haushalte mit einem Einkommen bis zu 200 DM in allen übrigen Einkommens-

gruppen mit etwa einem Fünftel vertreten. In der Gliederung der Haushalte nach ihrer Größe spielte sie bei den 1-Personen-Haushalten mit einem Anteil von 42,3% eine bedeutende Rolle.

Da, wie schon festgestellt wurde, die Haushalte mit Lastenzuschuß im Schnitt erheblich höhere Wohngelder beziehen als die Haushalte mit Mietzuschuß, war in allen Einkommensgruppen die Wohngeldklasse ab 100 DM hier erheblich stärker besetzt als dort. Lediglich Familien mit einem Einkommen bis 200 DM erhielten nur zu 9,6% Lastenzuschüsse über 100 DM, bei den übrigen Gruppen reichte dagegen die Spanne der Anteile von 14,2 (Einkommen von 201 bis unter 400 DM) bis 32,4% (Einkommen von 401 bis unter 600 DM). Die Großhaushalte mit 5 und mehr Personen bezogen zu fast einem Drittel Wohngelder in dieser Höhe. Schwerpunktmäßig fielen die Haushalte mit Lastenzuschuß sowohl in der Gliederung nach dem Einkommen als auch nach der Größe zum überwiegenden Teil in die Wohngeldklassen zwischen 40 und 80 DM, sie lagen damit also gewissermaßen eine Klasse höher als die Empfänger von Mietzuschuß.

b. Einkommenslage und soziale Stellung des Haushaltsvorstandes: Trotz des wiederum erheblich gestiegenen Bestandes an Wohngeldempfängern veränderte sich die Struktur dieses Empfängerkreises bezüglich Einkommenslage und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes nur unwesentlich. Mietzuschuß floß wiederum überwiegend an Rentner und Pensionäre, denn diese Gruppe stellte 61,0% dieser Empfänger-kategorie. Es folgten in weitem Abstand, aber immer noch mit einigem Gewicht, die Arbeiter (20,2%). Angestellte und Beamte (13,2%) zusammen kamen nicht ganz an die Arbeiter heran, während die Selbständigen und auch die sonstigen Nichterwerbstätigen eine unbedeutende Rolle spielten. Bei den Haushalten, welche Lastenzuschuß erhielten, war in den meisten Fällen (56,3%) der Haushaltsvorstand Arbeiter. Angestellte und Be-

Wohngeldempfänger nach Familieneinkommen, sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Zuschußarten am 1. 1. 1968

Monatliches Familieneinkommen	Ins- gesamt		Selbständige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Rentner, Pensionäre		Sonstige Nicht- erwerbstätige	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger von Mietzuschuß														
bis 200 DM	5 410	19	0,4	-	-	17	0,3	107	2,0	4 975	91,9	292	5,4	
201 " 400 "	8 059	47	0,6	19	0,2	111	1,4	324	4,0	7 173	89,0	385	4,8	
401 " 600 "	3 428	65	1,9	137	4,0	306	8,9	1 011	29,5	1 583	46,2	326	9,5	
601 " 800 "	3 970	27	0,7	700	17,6	690	17,4	2 214	55,7	269	6,8	70	1,8	
801 " 1 000 "	1 697	11	0,6	256	15,1	532	31,4	831	49,0	43	2,5	24	1,4	
1 001 und mehr "	480	7	1,4	56	11,7	224	46,7	180	37,5	12	2,5	1	0,2	
<b>Insgesamt</b>	<b>23 044</b>	<b>176</b>	<b>0,8</b>	<b>1 168</b>	<b>5,1</b>	<b>1 880</b>	<b>8,1</b>	<b>4 667</b>	<b>20,2</b>	<b>14 055</b>	<b>61,0</b>	<b>1 098</b>	<b>4,8</b>	
dagegen 1967	19 690	182	0,9	1 070	5,4	1 794	9,1	3 702	18,8	12 235	62,2	707	3,6	
Empfänger von Lastenzuschuß														
bis 200 DM	83	2	2,4	-	-	-	-	2	2,4	76	91,6	3	3,6	
201 " 400 "	190	9	4,7	-	-	3	1,6	15	7,9	155	81,6	8	4,2	
401 " 600 "	410	16	3,9	11	2,7	17	4,1	236	57,6	112	27,3	18	4,4	
601 " 800 "	1 581	14	0,9	153	9,7	148	9,3	1 193	75,5	63	4,0	10	0,6	
801 " 1 000 "	1 095	13	1,2	202	18,4	243	22,2	598	54,6	34	3,1	5	0,5	
1 001 und mehr "	631	10	1,6	188	29,8	222	35,2	201	31,9	9	1,4	1	0,1	
<b>Insgesamt</b>	<b>3 990</b>	<b>64</b>	<b>1,6</b>	<b>554</b>	<b>13,9</b>	<b>633</b>	<b>15,9</b>	<b>2 245</b>	<b>56,3</b>	<b>449</b>	<b>11,2</b>	<b>45</b>	<b>1,1</b>	
dagegen 1967	3 405	72	2,1	574	16,9	669	19,7	1 608	47,2	457	13,4	25	0,7	



Wohngeldempfänger nach Haushalts- und Wohnungsgröße sowie Zuschußarten am 1.1.1968

Haushaltsgröße	Ins- gesamt 1)	Mit einer Wohnfläche von über ... bis ... qm							
		bis 40		40 - 80		80 - 120		über 120	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger von Mietzuschuß									
1 und 2 Personen	13 836	5 574	40,3	8 099	58,5	157	1,1	6	0,1
3 " 4 "	4 810	83	1,7	3 917	81,5	804	16,7	6	0,1
5 " 6 "	2 694	5	0,2	1 434	53,2	1 234	45,8	21	0,8
7 und mehr "	1 061	3	0,3	475	44,8	520	49,0	63	5,9
Insgesamt	22 401	5 665	25,3	13 925	62,2	2 715	12,1	96	0,4
dagegen 1967	19 214	4 995	26,0	11 973	62,3	2 170	11,3	76	0,4
Empfänger von Lastenzuschuß									
1 und 2 Personen	205	18	8,8	148	72,2	37	18,0	2	1,0
3 " 4 "	1 294	-	-	418	32,3	806	62,3	70	5,4
5 " 6 "	1 519	-	-	238	15,7	1 095	72,1	186	12,2
7 und mehr "	842	1	0,1	62	7,4	565	67,1	214	25,4
Insgesamt	3 860	19	0,5	866	22,4	2 503	64,9	472	12,2
dagegen 1967	3 294	16	0,5	813	24,7	2 099	63,7	366	11,1

1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche.

amente erreichten immerhin 29,8%, so daß die übrigen Gruppen kein großes Gewicht mehr besaßen.

Nach der Einkommenslage der Haushalte gliedert, gingen in 58,5% der Fälle die Mietzuschüsse an Haushalte mit einem monatlichen Familieneinkommen bis 400 DM, mehr als 1 000 DM hatten nur 2,1%. Die Lastenzuschüsse wurden dagegen an Haushalte gezahlt, von denen 67% über ein Einkommen von 600 bis 1 000 DM und immerhin noch 15,8% über ein solches von über 1 000 DM verfügten.

Innerhalb der einzelnen Einkommensklassen war das Bild der Zuordnung zu den soziologischen Gruppen sehr verschieden voneinander. Von den Mietzuschußempfängern zeigten die Rentner und Pensionäre mit steigendem Familieneinkommen in der Gruppenbesetzung eine eindeutig negative Korrelation. In der Einkommensklasse bis 200 DM entfiel auf die Rentner und Pensionäre ein Anteil von 91,9%, in der Klasse über 1 000 DM kamen sie dagegen nur auf 2,5%. Fast das gleiche Bild ist auch bei den Empfängern von Lastenzuschuß festzustellen. Bei den Angestellten war die umgekehrte Tendenz festzustellen, denn beide Empfängergruppen hatten ihre Schwerpunkte in den oberen Einkommensklassen. Allein 46,7% der Mietzuschußempfänger in der Einkommensklasse über 1 000 DM bestanden aus Angestellten, bei den Empfängern von Lastenzuschuß waren es 35,2%. Der Schwerpunkt der Haushalte mit einem Familieneinkommen von 400 bis 1 000 DM lag ohne Zweifel bei den Arbeitern, insbesondere bei den Empfängern von Lastenzuschuß, wobei sie es in der Gruppe von 600 bis 800 DM sogar auf einen Anteil von 75,5% brachten.

c. Haushaltsgröße und Wohnungsgröße: Im Zusammenhang mit der Haushaltsgröße spielt die benutzte Wohnfläche für die Bestimmung des Wohngeldes insofern eine bedeutende Rolle, als vom Gesetzgeber die zugestandene Wohnfläche von der Personenzahl des Haushalts abhängig gemacht worden ist (§ 13 WoGG). Ist die benutzte Wohnung größer als die zugestandene Wohnfläche, so spielt der überschüssige Wohn-

raum bei der Berechnung des Wohngeldes keine Rolle. Von dieser Bestimmung sind die Empfänger von Lastenzuschuß relativ mehr betroffen als die Mietzuschußempfänger. Der Grund ist darin zu suchen, daß, wie die Bautätigkeitsstatistik zeigt, Eigenheime im Durchschnitt je Wohnung eine erheblich größere Wohnfläche haben als Mietwohnungen. Als Beispiel seien zwei Werte aus dem Jahresergebnis 1967 der Bautätigkeitsstatistik angeführt, welche sich ausschließlich auf neuerstellte ganze Wohngebäude beziehen: Es entfielen im Landesdurchschnitt auf eine Wohnung je Ein- und Zweifamilienhaus in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern - die so abgegrenzten Gebäude sind weitgehend mit Eigenheimen identisch - 102 qm, auf eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus der Gemeinden über 100 000 Einwohnern - es sind dies fast ausschließlich Mietwohnungen - kamen aber nur 68 qm. Man kann also sagen, daß das gezahlte Wohngeld die effektive Belastung des Eigenheimbesitzers im großen Durchschnitt relativ weniger vermindert als die des Mieters, weil der Prozentsatz des bei der Berechnung unberücksichtigten Wohnraumes hier erheblich größer ist als dort. Diese Feststellung wird erhärtet durch die Zahlen der Wohngeldstatistik, denn sie sagt aus, daß 64,9% der Lastenzuschußempfänger eine Wohnung von 80 bis 120 qm und sogar 12,2% eine solche von mehr als 120 qm benutzen, bei den Empfängern von Mietzuschuß besaßen dagegen nur 0,4% eine Großwohnung über 120 qm und nur 12,1% eine Wohnung von 80 bis 120 qm. Dafür mußten sich aber 62,2% mit 40 bis 80 qm begnügen.

Selbstverständlich besteht ein klarer Zusammenhang zwischen benutzter Wohnfläche und Haushaltsgröße in der Art, daß sich die Besetzung der Wohnungsgruppen mit einer hohen qm-Zahl mit steigender Haushaltsgröße verstärkt. So hatten die Empfängerhaushalte von Mietzuschuß mit 7 und mehr Personen zu 49% Wohnungen von 80 bis 120 qm. Im Gesamtschnitt waren es nur 12,1% der Haushalte. Die entsprechende Gruppe der Empfänger von Lastenzuschuß kam sogar auf 67,1% und bei den Großwohnungen über 120 qm auf



25,4%. Über 80% der Mieterhaushalte mit 3 und 4 Personen hatten Wohnungen mit 40 bis 80 qm Wohnfläche. Da nach § 13 des WoGG diesen Haushalten 65 (3 Personen) oder 80 qm (4 Personen) und in Sonderfällen (schwere körperliche oder geistige Behinderung bzw. Dauererkrankung eines Familienmitgliedes) noch bis zu 20 qm mehr Wohnfläche zugestanden werden, liegt es auf der Hand, daß die Klausel des nicht zu berücksichtigenden überschießenden Wohnraumes hier relativ selten zur Anwendung kommen muß. Bei den Empfängern von Lastenzuschuß hat die gleiche Haushaltsgruppe aber zu 62,3% Wohnungen von 80 bis 120 qm Wohnfläche inne, also Wohnungen, die nach dem Gesetz in vielen Fällen zu groß für eine 100%ige Ausnutzung der Wohngeldbestimmung sind.

#### 4. Begrenzungsfaktoren des Wohngeldes

Neben der generellen Festlegung von Einkommensgrenzen, oberhalb derer Haushalte mit ihren Wohngeldanträgen automatisch abgewiesen werden, sieht das Wohngeldgesetz drei weitere Begrenzungsfaktoren vor, die verhindern sollen, daß die Wohngeldzahlungen über den vom Gesetzgeber gewollten Zweck hinausgehen, nämlich unerträgliche soziale Härten bei der Überführung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft zu vermeiden. Wenn beispielsweise ein Haushalt sich eine große und komfortable Wohnung leistet, die er sich nach der Mietfreigabe seinem Einkommen nach nicht leisten kann und die er seiner Personenzahl nach auch nicht benötigt, so ist nicht einzusehen, warum die Allgemeinheit ihm die weitere Benutzung der Wohnung durch Zahlung des vollen Wohngeldes für die gesamte Wohnfläche ermöglichen soll. Hier tritt der schon erwähnte erste Begrenzungsfaktor, nämlich die je nach der Personenzahl gestaffelte Anerkennung der benutzten Wohnfläche, in Erscheinung. Weiter darf auch die

qm-Miete bzw. qm-Belastung im Monat eine je nach Baualter und Ausstattung der Wohnung sowie nach Gemeindegröße und Ortsklasse differenzierte Obergrenze nicht übersteigen (§ 43 WoGG), andernfalls höchstens die Obergrenze in Ansatz gebracht wird. Schließlich hat auch die Selbstbeteiligung, Kappung genannt, erheblichen Einfluß auf die Höhe des Wohngeldes. Sie bestimmt, daß außer der tragbaren Miete oder Belastung vom Antragsteller noch in jedem Falle ein bestimmter Prozentsatz der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung getragen werden muß. Bei Kenntnis dieser Bestimmungen wäre in den vergangenen Jahren sicherlich mancher Antrag, der sich nachher in der Zahl der Ablehnungen niederschlug, nicht gestellt worden.

Die Zahl der Fälle, in denen keiner der drei Begrenzungsfaktoren zum Zuge kam, waren mit 37,3% bei den Mietzuschußempfängern und mit 30% bei den Empfängern von Lastenzuschuß fast ebenso hoch wie am 1. Januar 1967. Diese Haushalte erhielten also ein Wohngeld in Höhe der Differenz zwischen effektiver und tragbarer Miete oder Belastung. In diesen Fällen betrug der über die gesetzlichen Tragbarkeitssätze hinausgehende Belastungsgrad des Familieneinkommens in fast 100% der Fälle unter 1%. Der wichtigste Begrenzungsfaktor war erwartungsgemäß, wie in den Vorjahren, wiederum die Beschränkung der benötigten Wohnfläche. Er erreichte bei den Mieterhaushalten einen Anteil von 26,0% und bei den Eigentümerhaushalten aus den bereits angedeuteten Gründen sogar 41,6%. Nach dem Belastungsgrad des Familieneinkommens entfielen hier bei beiden Empfängergruppen je ungefähr 40% der Haushalte auf die Klassen 1 bis unter 5% und 5 bis unter 15%. Berücksichtigt man die Fälle, in denen der Begrenzungsfaktor „benötigte Wohnfläche“ auch noch mit anderen Faktoren kombiniert auftritt, so waren es bei den Empfängern von Lastenzuschuß sogar 59,1% der Haushalte, bei denen dieser Faktor einen Einfluß auf die Höhe des Wohngeldes hatte, bei den Mietzuschußempfängern immerhin auch 40,5%. Verhältnismäßig selten waren die Fälle, in denen alle drei Faktoren zusammenkamen. Es waren bei den Mieterhaushalten nur 2,6% und bei den Eigentümerhaushalten nur 3,7%. Bei allen Haushalten waren dann aber ziemlich hohe Anteile in der Gruppe des Belastungsgrades des Familieneinkommens von 15 und mehr % über dem Tragbarkeitsatz festzustellen (62,1 bzw. 40,8%).

#### 5. Miete, Belastung und Obergrenze

Durch das Wohngeldgesetz wurden ab 1. April 1965 die Obergrenzen, bis zu denen die qm-Miete und die qm-Belastung je Monat anerkannt werden, gegenüber den früheren Wohnbeihilfebestimmungen wesentlich erhöht. Auch Anfang 1968 überstieg daher der weitaus größte Teil der Wohngeldempfänger nicht diese Obergrenzen. Bei den Empfängern von Mietzuschuß waren es 79,1, bei denen von Lastenzuschuß 76,8%. Eine Überschreitung bis zu 0,20 DM war bei 6,2 bzw. 6,7% und eine solche von 0,20 bis unter 0,40 DM bei 4,4 bzw. 5,7% festzustellen. Die folgenden Gruppen über 0,40 DM wa-

Wohngeldempfänger nach Art der Wohngeldbegrenzung und Belastungsgrad des Familieneinkommens am 1. 1. 1968

Art der Wohngeldbegrenzung	Ins- gesamt 1)	Mit einem Belastungsgrad von ... bis unter ... % 2) über dem Tragbarkeitsatz			
		0 - 1	1 - 5	5 - 15	15 und mehr
Empfänger von Mietzuschuß					
Obergrenze	2 378	270	993	851	264
Benötigte Wohnfläche	5 814	751	2 320	2 167	576
Kappung	1 727	250	675	467	335
Obergrenze und Wohnfläche	868	5	181	458	224
Obergrenze, Wohnfläche und Kappung	586	2	22	198	364
Obergrenze und Kappung	873	8	136	344	385
Wohnfläche und Kappung	1 789	8	228	645	908
Keine Begrenzung	8 366	8 146	217	2	1
Insgesamt	22 401	9 440	4 772	5 132	3 057
Empfänger von Lastenzuschuß					
Obergrenze	331	53	152	122	4
Benötigte Wohnfläche	1 606	195	646	632	133
Kappung	34	14	14	4	2
Obergrenze und Wohnfläche	371	8	65	215	83
Obergrenze, Wohnfläche und Kappung	142	1	13	70	58
Obergrenze und Kappung	55	1	25	25	4
Wohnfläche und Kappung	162	5	31	70	56
Keine Begrenzung	1 159	1 114	12	21	12
Insgesamt	3 860	1 391	958	1 159	352

1) Ohne Sonderbedarf an Wohnfläche. - 2) % vom Einkommen.



Wohngeldempfänger nach dem Verhältnis der Miete oder Belastung zur anrechenbaren Obergrenze und nach dem Baualter der Wohnungen am 1. 1. 1968

Differenz zwischen Miete/Belastung je qm Wohnfläche und Obergrenze	Insgesamt		Empfänger von Mietzuschuß						Empfänger von Lastenzuschuß					
			zusammen		in Wohnungen mit Baualter				zusammen		in Wohnungen mit Baualter			
	Anzahl	%	Anzahl	%	bis Mitte 1948		nach Mitte 1948		Anzahl	%	bis Mitte 1948		nach Mitte 1948	
					Anzahl	%	Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%
Keine Überschreitung	21 292	78,8	18 227	79,1	5 911	75,3	12 316	81,1	3 065	76,8	105	58,3	2 960	77,7
unter 0,20 DM	1 690	6,3	1 423	6,2	626	8,0	797	5,2	267	6,7	27	15,0	240	6,3
0,20 bis " 0,40 "	1 243	4,6	1 015	4,4	457	5,8	558	3,7	228	5,7	17	9,4	211	5,5
0,40 " " 0,60 "	876	3,2	706	3,1	292	3,7	414	2,7	170	4,3	16	8,9	154	4,1
0,60 " " 0,80 "	648	2,4	538	2,3	223	2,8	315	2,1	110	2,8	10	5,6	100	2,6
0,80 " " 1,00 "	446	1,6	352	1,5	125	1,6	227	1,5	94	2,4	3	1,7	91	2,4
1,00 " " 1,50 "	468	1,7	414	1,8	133	1,7	281	1,8	54	1,3	2	1,1	52	1,4
1,50 " " 2,00 "	190	0,7	189	0,8	55	0,7	134	0,9	1	0,0	-	-	1	0,0
2,00 und mehr "	181	0,7	180	0,8	32	0,4	148	1,0	1	0,0	-	-	1	0,0
Insgesamt	27 034	100,0	23 044	100,0	7 854	100,0	15 190	100,0	3 990	100,0	180	100,0	3 810	100,0

ren nur noch ganz schwach besetzt. Absolut gesehen, waren es aber immerhin 783 Haushalte mit Mietzuschuß (= 3,4%), welche die Obergrenze um 1,00 DM und mehr überschritten. 0,8% lagen sogar über 2,00 DM. Bei den Empfängern von Lastenzuschuß überschritten nur 54 Haushalte die Grenze von 1,00 DM.

Eine Aufgliederung der Wohnungen nach dem Baualter läßt zunächst erwarten, daß die Gruppenbesetzung sich gegenüber den Gesamtwerten erheblich abhebt, da je nach dem Baualter bekanntlich sehr verschieden hohe Mieten bzw. Belastungen festzustellen sind. Diese Erwartung trafe auch zu, wenn die im Wohngeldgesetz festgelegten Obergrenzen sich unterschiedslos auf alle Baualtersstufen beziehen würden. Dies ist aber nicht der Fall. Der Gesetzgeber unterscheidet hier nach Altbau (bis Mitte 1948 erbaut) und Neubau (nach Mitte 1948 erbaut) und variiert entsprechend auch die Obergrenzen. Infolgedessen entsprechen die Besetzungszahlen der beiden Baualtersgruppen ziemlich genau denjenigen der Gesamtgruppen. Lediglich bei den Empfängern von Lastenzuschuß in Altbauwohnungen ist festzustellen, daß die Haushalte, welche keine Überschreitung der Obergrenzen aufwiesen, hier nur 58,3% ausmachten und daß dafür die Haushalte mit einer Überschreitung der Obergrenzen bis zu 0,20 DM auf 15,0% kamen.

## 6. Belastungsgrad des Einkommens

§ 10 des Wohngeldgesetzes sieht vor, daß je nach Größe und Einkommenslage der antragstellenden Haushalte gewisse Belastungssätze des Einkommens durch Miete bzw. Kapitaleinstand und Bewirtschaftung zumutbar sind, ehe ein Anspruch auf Wohngeld entsteht. Die Staffelung dieser Belastungssätze reicht von 5 bis 22%. In diesem Zusammenhang ist es besonders interessant, zu untersuchen, wie sich der Belastungsgrad der Wohngeldempfänger durch die Gewährung eines Wohngeldes geändert hat, mit anderen Worten, wie hoch die Belastung vor und nach der Wohngeldgewährung war.

a. Belastungsgrad und Einkommenslage: Wie im vergangenen Jahr hatten die Mietzuschußempfänger mit einem Familieneinkommen bis 200 DM zu fast einem Drittel eine Mietbelastung ihres Einkommens von 15 und mehr % über dem

Tragbarkeitssatz des Gesetzes, und immerhin noch 22,6% lagen mit 5 bis 15% darüber. Mit steigendem Einkommen verschoben sich dann die Gewichte erheblich, indem bei Familieneinkommen ab 600 DM die Überschreitung des Belastungsgrades von 0 bis unter 1% ganz eindeutig überwog. Die Gruppen waren hier mit etwa 60% der jeweiligen Fälle besetzt. In allen Einkommensgruppen war die Überschreitung des Belastungsgrades von 1 bis 5% des Familieneinkommens ziemlich gleichmäßig vertreten (zwischen 20 und 30%), sie lag nur bei der Einkommensgruppe bis 200 DM unter 20%. Im vergangenen Jahr war das Bild ein ähnliches. Die Haushalte, welche einen Lastenzuschuß erhielten, zeigten eine etwas andere Verteilung, indem hier einerseits in den drei unteren Einkommensgruppen bis 400 DM eine Belastung von 15 und mehr % über dem gesetzlichen Tragbarkeitssatz relativ viel häufiger als bei den Mietzuschußempfängern war und andererseits auch in den oberen Einkommensgruppen ab 600 DM ein Belastungsgrad von 0 bis 1% über der Höchstgrenze in keiner Gruppe zu mehr als etwa 40% nachgewiesen werden konnte. Verhältnismäßig stark besetzt war auch die Gruppe

Wohngeldempfänger nach Einkommensgruppen und Belastungsgrad des Familieneinkommens am 1. 1. 1968

Monatliches Familieneinkommen	Ins- gesamt	Mit einem Belastungsgrad von ... bis unter ... % 1) über dem Tragbarkeitssatz			
		0 - 1	1 - 5	5 - 15	15 und mehr
Empfänger von Mietzuschuß					
bis 200 DM	5 410	1 511	936	1 220	1 743
201 " 300 "	4 937	1 723	1 063	1 446	705
301 " 400 "	3 122	1 192	643	900	387
401 " 600 "	3 428	1 468	798	904	258
601 " 800 "	3 970	2 411	927	573	59
801 " 1 000 "	1 697	1 048	444	201	4
1 001 und mehr "	480	277	138	64	1
Insgesamt	23 044	9 630	4 949	5 308	3 157
Empfänger von Lastenzuschuß					
bis 200 DM	83	7	9	16	51
201 " 300 "	74	14	7	26	27
301 " 400 "	116	34	23	26	33
401 " 600 "	410	153	79	120	58
601 " 800 "	1 581	597	405	471	108
801 " 1 000 "	1 095	399	288	340	68
1 001 und mehr "	631	213	184	206	28
Insgesamt	3 990	1 417	995	1 205	373

1) % vom Einkommen.



Belastungsgrad vor Gewährung des Wohngeldes von ... bis unter ... % <sup>1)</sup>	Ins-gesamt	Belastungsgrad nach Gewährung des Wohngeldes von ... bis unter ... % <sup>1)</sup>											
		5 - 7	7 - 10	10 - 12	12 - 14	14 - 16	16 - 18	18 - 20	20 - 22	22 - 24	24 - 26	26 - 30	30 und mehr
unter 8	100	94	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 bis 10	281	186	95	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 " 12	615	208	317	90	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12 " 14	1 052	241	358	287	166	-	-	-	-	-	-	-	-
14 " 16	1 799	230	373	361	590	245	-	-	-	-	-	-	-
16 " 18	2 760	239	409	356	743	795	218	-	-	-	-	-	-
18 " 20	3 061	234	344	337	664	775	576	131	-	-	-	-	-
20 " 22	2 900	213	340	269	548	585	518	342	85	-	-	-	-
22 " 24	2 572	142	297	232	433	455	424	318	228	43	-	-	-
24 " 26	2 144	71	275	156	304	355	327	292	204	134	26	-	-
26 " 30	3 288	88	490	171	449	411	425	381	359	257	184	73	-
30 und mehr	6 300	181	291	432	415	557	562	600	578	570	469	767	878
Insgesamt	26 872	2 127	3 595	2 691	4 312	4 178	3 050	2 064	1 454	1 004	679	840	878

1) % vom Einkommen.

der Haushalte, deren Belastungsgrad um 5 bis 15% die Höchstgrenze überschritt.

b. Belastungsgrad vor und nach der Wohngeldgewährung: Die Gegenüberstellung der Wohngeldempfänger nach dem Belastungsgrad ihres Einkommens vor und nach der Wohngeldgewährung ist besonders deshalb interessant, weil sie Rückschlüsse zuläßt, inwieweit die Absicht des Gesetzgebers Verwirklichung gefunden hat, die sozialen Härten nach Einführung der neuen marktwirtschaftlichen Wohnungspolitik wirksam zu verhindern oder stark abzuschwächen.

Von den Wohngeldempfängern (Miet- und Lastenzuschußempfänger ohne Untermieter) gaben vor der Wohngeldgewährung 23,4% fast ein Drittel ihres Einkommens für das Gut „Wohnung“ aus und 40,6% mußten zwischen 20 und 30% dafür aufwenden. Diese Sätze waren nach der Wohngeldgewährung auf 3,3 und 14,7% abgesunken. Nach der Bewilligung eines Wohngeldes hatten 82,0% der Haushalte eine Belastung von weniger als 20% zu tragen, vorher waren es aber nur 36%. Das Wohngeldgesetz hat also die sozialpolitischen Erwartungen weitgehend erfüllt.

Dr. P. Baron

## Kriegsopferfürsorge im Jahre 1967

Die Kriegsopferfürsorge ist eine innerhalb des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) rechtlich geregelte soziale Maßnahme zur Existenzsicherung der Versehrten, ihrer Angehörigen und der Hinterbliebenen. Die Kriegsopferversorgung allein kann nämlich mit ihren unter bestimmten Voraussetzungen zu gewährenden Rentenleistungen nicht allen dauernden oder vorübergehenden Notlagen der Beschädigten und Hinterbliebenen entsprechen. Deshalb sind die durch die Kriegsopferfürsorge vorgesehenen Maßnahmen eine notwendige Ergänzung zu dieser Versorgung. Sie umfassen Hilfen ähnlicher Art, wie sie die Sozialhilfe vorsieht, so zum Beispiel die Hilfe zum Lebensunterhalt, hier als ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt bezeichnet, und die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die den besonderen persönlichen Verhältnissen dieses Personenkreises angepaßt sind. Die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt wird vorwiegend in den Fällen gewährt, in denen Renten unzureichend sind, während sich die Hilfe in besonderen Lebenslagen unter anderem auf die Berufsausübung, die Fortbildung, die Erziehung und die Ausbildung der Kinder von Beschädigten und Hinterbliebenen erstreckt. Bis zum Jahre 1962 war die Kriegsopferfürsorge rechtlich mit der öffentlichen Fürsorge verbunden, so daß die Leistungen der allgemeinen

Fürsorge und der Fürsorge für die Kriegsopfer nicht immer einwandfrei voneinander zu trennen waren. Obwohl nun diese Trennung durch den Einbau der rechtlichen Bestimmungen der Kriegsopferfürsorge in das BVG möglich ist, ergaben sich in den letzten Jahren immer noch bei Zweifelsfällen über die Verpflichtung der Kostenübernahme Überschneidungen zwischen der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge. So erhöhte sich der Aufwand der Kriegsopferfürsorge 1966 außerordentlich um über 50%, weil sie der Sozialhilfe für Maßnahmen Rückersatz leisten mußte, welche, wie erst später festgestellt werden konnte, nicht in deren Aufgabenbereich fielen<sup>1)</sup>. Es war deshalb zu erwarten, daß der Aufwand für das Jahr 1967 trotz der Tendenz steigender Sozialausgaben gegenüber 1966 geringer sein würde. Tatsächlich konnte ein solcher Rückgang, wenn auch nur in kleinerem Umfang, festgestellt werden.

### 1. Aufwand

a. Gesamtausgaben: 1967 erforderten die Maßnahmen der Kriegsopferfürsorge 20,7 Mill. DM. Der Aufwand war infolge der erwähnten außerordentlichen Ausgabe im Jahre 1966 um fast 1 Mill. DM geringer als im Vorjahre. Bleibt bei einem zeitlichen Vergleich der für das Jahr 1966 nachgewiesene überhöhte Aufwand unberücksichtigt, so ergibt sich gegenüber 1965 immerhin eine Steigerung der Ausgaben um rund 6 Mill. DM, was

<sup>1)</sup> Vgl. Th. Walter: Kriegsopferfürsorge im Jahre 1966. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 20, Heft 7, Juli 1967.



der nicht unbeträchtlichen Zunahme der Kosten für diese Zeit von immerhin 45% entspricht. Von nur unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, handelt es sich um Ausgaben, welche nach dem BVG mit dem Bund zu 80% verrechnet werden können. Zuwendungen, für die vollständiger Ersatz geleistet wird - das sind solche, die sich aus dem Soldatenversorgungsgesetz ergeben oder an Berechtigte im Ausland zu zahlen sind -, blieben im Jahre 1967 gering, wenn sich auch der Gesamtbetrag gegenüber dem Vorjahre wiederum mehr als verdoppelt hat. Dieser lag trotz dauernder beträchtlicher Steigerungen immer noch unter 1% der Gesamtausgaben. Einen ihrer Höhe nach erheblichen Anteil am Aufwand der Kriegsofopferfürsorge haben die Leistungen an die Sonderfürsorgeberechtigten. Im Jahre 1967 entfielen auf Zuwendungen für diesen Personenkreis über 4,2 Mill. DM, etwa 7% mehr als im Vorjahre. Da zudem im Berichtsjahr ein geringerer Aufwand für die Kriegsofopferfürsorge nachgewiesen wurde, stieg der Anteil dieser Personengruppe von 18 auf über 20%. Mehr als drei Viertel der Leistungen wurden als Beihilfen und nur knapp ein Viertel als Darlehen gegeben.

Die Deckung der Ausgaben durch Einnahmen lag 1967, wie bereits im Vorjahre, wieder bei 15%. Der Gesamtbetrag der Einnahmen in Höhe von 3,1 Mill. DM (1966: 3,2 Mill. DM) setzte sich zu zwei Dritteln aus dem Rückersatz verpflichteter Dritter und aus Beiträgen der Empfänger zusammen, während ein Drittel die Tilgung von Darlehen abwarf. Mit einer Summe von über 1 Mill. DM erfuhr die zuletzt genannte Einnahmeart gegenüber 1966 eine Steigerung um 40%.

Gemessen an der Höhe der Ausgaben blieb die bedeutendste Maßnahme nach wie vor die Erziehungsbeihilfe. Auf sie entfielen mit rund 10 Mill. DM etwa 48% des Aufwandes überhaupt. Gegenüber dem Vorjahre haben sich die Ausgaben für diese Zwecke allerdings um nahezu 1 Mill. DM verringert. Diese Veränderung ist ausschließlich durch die Kostenminderung für Beihilfen an Waise entstanden, ein Personenkreis, der sich in zunehmendem Maße verkleinert. Die Beihilfen an Waise beanspruchten nicht mehr ganz 5,1 Mill. DM, während es im Jahre 1966 immerhin noch 6,3 Mill. DM waren. Von dem für das Berichtsjahr verausgabten Betrag entfielen allein mehr als 68% auf Beihilfen für ein Hochschulstudium. Auch dieser Betrag war erheblich geringer als im Jahre zuvor. Die Leistungen für Beihilfen an Kinder von Beschädigten in Höhe von 4,8 Mill. DM sind dagegen etwas angestiegen. Die Möglichkeit, daß sich hier der Kreis der Anspruchsberechtigten immer noch ausdehnt, ist durchaus gegeben, insbesondere, weil durch weitere Ergänzungen in der Versorgungsgesetzgebung der Anspruch allmählich erweitert wurde. Die Zunahme, welche sich auf 5% belief, entfiel ausschließlich auf Beihilfen zum Hochschulstudium. Allein 44% der Beihilfe an Kinder von Beschädigten gingen an Sonderfürsorgeberechtigte. Der Anteil ist gegenüber dem Jahre 1966 weiter gestiegen, insbesondere hat sich der Betrag für das Hochschulstudium weit mehr als verdoppelt.

Aufwand der Kriegsofopferfürsorge nach Hilfearten und Fürsorgeträgern 1967

Art der Hilfe	Insgesamt		Kreisfreie Städte	Landkreise	Überörtlicher Träger
	1 000 DM	%			
Berufsfürsorge	1 118	5,4	-	-	1 118
Erziehungsbeihilfe an Kinder von Beschädigten	9 912	47,9	623	2 480	6 809
an Waisen	4 828	23,4	415	1 874	2 539
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt an Beschädigte	5 084	24,5	208	606	4 270
an Hinterbliebene	1 747	8,4	946	489	312
Übrige Hilfen (einschl. Erholungs- und Wohnungsfürsorge)	699	3,3	254	133	312
	1 048	5,1	692	356	-
Insgesamt	7 934	38,3	486	1 147	6 301
	20 711	100,0	2 055	4 116	14 540

Um fast 1 Mill. DM ging erwartungsgemäß die Sonstige Hilfe zurück, welche im Vorjahre durch Rückerstattung an die Sozialhilfe ungewöhnlich angestiegen war. Es handelt sich hier um Maßnahmen ähnlicher Art, wie sie die Sozialhilfe unter der Bezeichnung Hilfe in besonderen Lebenslagen kennt, deren Kosten, ebenso wie dort, in den letzten Jahren eine stark steigende Tendenz aufweisen. Ihr Anteil an dem Gesamtaufwand der Kriegsofopferfürsorge belief sich 1967 auf über 23%. Der weitaus überwiegende Teil dieser Kosten, mehr als 95%, waren Beihilfen und der nur geringe Rest Darlehen. Der erhebliche Rückgang ist ausschließlich bei den Beihilfen eingetreten, während die Ausgaben für Darlehen, wenn auch nur unbedeutend, zugenommen haben. Der Anteil, der von dieser Hilfeart auf Sonderfürsorgeberechtigte entfiel, war mit etwas mehr als 7% verhältnismäßig gering, aber höher als im Vorjahre. Bemerkenswert ist jedoch, daß, ebenso wie im Jahre 1966, mehr als die Hälfte der Kosten auf Darlehen an Sonderfürsorgeberechtigte kam.

Fast der gleiche Betrag wie 1966 wurde für die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben. Dabei ging die Hilfe für Hinterbliebene etwas zurück, während die für Beschädigte um annähernd den gleichen Betrag anstieg. Etwa 61% an Mehraufwendungen gegenüber 1966 beanspruchte die Erholungsfürsorge. Es handelt sich hierbei um einen Betrag von über 1,7 Mill. DM, der zu zwei Dritteln Hinterbliebenen zugute kam. Für diese entstanden zusätzliche Ausgaben gegenüber dem Vorjahre in Höhe von 93%, während die Aufwendungen für Beschädigte nur um rund 18% anstiegen. Die Sonderfürsorgeberechtigten waren an dieser Maßnahme verhältnismäßig wenig beteiligt. Der für diesen Personenkreis ausgegebene Betrag lag mit rund 0,3 Mill. DM etwas unter dem von 1966.

Um mehr als ein Drittel des Vorjahresbetrages sind auch die Ausgaben für die Wohnungsfürsorge gestiegen. Diese Zuwendungen bestanden jedoch im Gegensatz zu den übrigen Hilfen zu 97% aus Darlehen. An dieser Maßnahme waren die Sonderfürsorgeberechtigten infolge einer Ausgabensteigerung von 46% gegenüber dem Jahre 1966 mit 61% stark beteiligt.



Die Aufwendungen für die Berufsfürsorge verminderten sich 1967 um mehr als 6%. Ausschlaggebend für diesen Rückgang waren vor allem die geringeren Darlehensgaben zur Beschaffung, Unterhaltung und zum Betrieb von Kraftfahrzeugen für Beschädigte. Die für sonstige Darlehen und Beihilfen verausgabten Mittel waren kaum von Bedeutung. An den Ausgaben für die Berufsfürsorge partizipierten die Sonderfürsorgeberechtigten mit etwa 28%, die Berechtigten nach dem Soldatenversorgungsgesetz mit etwa 11%. Im letzteren Falle handelt es sich fast ausschließlich um Ausgaben für die berufliche Fortbildung und Umschulung. Es sind Mittel, die in ihrer gesamten Höhe mit dem Bund verrechnet werden können. Sie machen allein 85% der nach dem Soldatenversorgungsgesetz gewährten finanziellen Leistungen aus.

b. Ausgaben der Fürsorgeträger: Der sachlichen Zuständigkeit nach entfallen auf die Hauptfürsorgestelle als den überörtlichen Träger der Kriegsofopferfürsorge anteilmäßig die bedeutendsten Maßnahmen. Das heißt jedoch nicht, daß damit auch die haushaltsmäßige Belastung dieses Trägers mit den Ausgaben für die ihm gesetzlich zugewiesene Durchführung von Maßnahmen gleichzusetzen ist. Die Kosten der Maßnahmen sollen damit nur nach der Zuständigkeit abgegrenzt werden. So verstanden entfielen auf den überörtlichen Träger 1967 rund 14,5 Mill. DM oder 70% der für die Kriegsofopferfürsorge verausgabten Mittel. Die örtlichen Träger, nämlich Landkreise und kreisfreie Städte, waren daran mit knapp 20 bzw. 10% beteiligt. Der Rückgang der Gesamtausgaben, dessen Ursache, wie bereits erwähnt, an einer aus dem üblichen Rahmen fallenden Ausgabenerhöhung des Vorjahres lag, verteilte sich gleichmäßig auf alle Träger, so daß eine Verschiebung der Anteile nicht eingetreten ist. Zum Aufgabenbereich des überörtlichen Trägers gehört die Gewährung der Beihilfen zum Hochschulstudium sowie sämtlicher Zuwendungen an Sonderfürsorgeberechtigte. Das Hauptgewicht der Ausgaben dieses Trägers lag, wie bisher schon, bei den Erziehungsbeihilfen. Auf sie entfielen von der Gesamtsumme, die rund 10 Mill. DM ausmachte, fast 7 Mill. DM oder nahezu 69%. Die Landkreise waren mit einem Viertel und die kreisfreien Städte mit über 6% daran beteiligt. Weitere kostenaufwendige Maßnahmen, welche ausschließlich zur sachlichen Zuständigkeit des überörtlichen Trägers gehören, sind die Berufsfürsorge, die Erholungs- und die Wohnungsfürsorge, für die zusammen über 4,2 Mill. DM anfielen. Auch von dem Gesamtaufwand für Sonstige Hilfe in Höhe von 4,8 Mill. DM gingen zwei Drittel allein zu Lasten der Hauptfürsorgestelle. Von den örtlichen Trägern wurden nur Ausgaben für Erziehungsbeihilfe, für die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt und die Sonstige Hilfe angegeben. Die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt wurde hauptsächlich, und zwar zu über 80%, von den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen. Auf die kreisfreien Städte kam jedoch mit über 54% der Gesamtausgaben der höchste Anteil. Bei der Sonstigen Hilfe gaben die Landkreise mit über 1,1 Mill. DM mehr als doppelt so viel aus wie die kreisfreien Städte.

Die Einnahmen der Hauptfürsorgestelle waren mit 2,3 Mill. DM nicht wesentlich geringer als 1966. Sie bestanden zu 57% aus Ersatzleistungen verpflichteter Dritter. Beträchtlich höher als im Vorjahre waren dagegen die aus der Tilgung von Darlehen eingegangenen Beträge, die um 41% auf fast 1 Mill. DM gestiegen sind. Auch bei den örtlichen Trägern waren die Einnahmen von denen des Vorjahres nicht wesentlich verschieden, wobei die Erträge aus Darlehenstilgungen ebenfalls anstiegen. Bemerkenswert ist jedoch, daß beim überörtlichen Träger der gesamte Kostenersatz rund 16%, bei den kreisfreien Städten 21% und bei den Landkreisen nur etwa 10% betrug.

## 2. Empfänger

Am Ende des Jahres 1967 erhielten 8 172 Personen laufende Leistungen. Der Empfängerkreis erweiterte sich demnach um 155 Personen. Weitaus stärker gestiegen ist die Zahl der Fälle einmaliger Leistungen, nämlich von rund 7 600 auf nahezu 9 800. Die meisten Empfänger laufender Leistungen erhielten Erziehungsbeihilfen, auch wenn ihre Zahl um weitere 415 zurückging. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Empfänger sank von über zwei Drittel auf unter 62%. Die Abnahme war fast ausschließlich durch die im Laufe der Jahre immer geringer werdende Zahl von Waisen bedingt. Ein weiterer Zugang an Kindern von Beschädigten, wie das im Vorjahre infolge der Auswirkung der Neuordnungsgesetze noch der Fall war, blieb im Berichtsjahre aus. Die Zahl der Kinder von Beschädigten, welche Beihilfe ohne Hochschulstudium erhielten, nahm etwas ab, die mit Hochschulstudium dagegen in fast dem gleichen Umfange zu. Von den nicht ganz 100 Personen, um die sich die Zahl der Empfänger mit Hochschulstudium erhöhte, entfielen 53 auf Kinder von Sonderfürsorgeberechtigten.

Die Durchschnittsbeträge, welche sich aus Empfängerzahl und Aufwand ergaben, waren höher als im Vorjahre. So errechnete sich für eine Erziehungsbeihilfe ein Gesamtmittel von jährlich 2 000 DM je Person. Für die einzelnen Personengruppen innerhalb des Empfängerkreises bestanden hinsichtlich der Höhe der Durchschnittswerte indessen erhebliche Unterschiede. Auf Kinder von Beschädigten entfiel nämlich ein Jahresbetrag von rund 1 600 DM, auf Waise dagegen ein solcher von

Empfänger laufender Hilfen der Kriegsofopferfürsorge  
nach Hilfearten und Fürsorgeträgern 1967

Art der Hilfe	Insgesamt		Kreis- freie Städte	Land- kreise	Über- ört- licher Träger
	Anzahl	%			
Berufsfürsorge	178	2, 2	-	-	178
Erziehungsbeihilfe	4 963	60, 8	344	1 547	3 072
an Kinder von Be- schädigten	3 029	37, 1	241	1 093	1 695
an Waisen	1 934	23, 7	103	454	1 377
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	1 152	14, 0	714	351	87
an Beschädigte	388	4, 7	206	95	87
an Hinterbliebene	764	9, 3	508	256	-
Übrige Hilfen	1 879	23, 0	433	946	500
Insgesamt	8 172	100, 0	1 491	2 844	3 837



etwa 2 630 DM. Anders lagen die Sätze, welche sich speziell für das Hochschulstudium ergaben. Im Schnitt errechnete sich hier ein Jahresbetrag von nahezu 3 100 DM. Der Satz für Waisen belief sich auf 3 176 DM, für Kinder von Beschädigten auf 2 720 DM. Den höchsten Betrag von allen erhielten mit rund 3 310 DM die Kinder von Sonderfürsorgeberechtigten.

1967 wurden 130 Empfänger laufender Leistungen der ergänzenden Hilfe zum Lebensunterhalt mehr nachgewiesen als 1966. Nahezu 100 von ihnen waren Hinterbliebene und die übrigen Beschädigte. Werden die Ausgaben für diese Hilfe mit der jeweiligen Zahl der Empfängergruppen in Beziehung gesetzt, so wurden im Durchschnitt während des Jahres an Beschädigte 1 800 DM, an Sonderfürsorgeberechtigte sogar nahezu das Doppelte gezahlt. Für Hinterbliebene ergab sich ein Durchschnittswert von etwa 1 370 DM im Jahr. Die Personengruppe der Empfänger von Sonstiger Hilfe ist auch in diesem Jahr erheblich größer geworden (um über 438 Personen). Mit 42 Personen - die Zahl ging etwas zurück - waren die Sonderfürsorgeberechtigten in diesem Personenkreis nur schwach vertreten, wobei allerdings auf sie ein beachtlicher Durchschnittsbetrag entfiel. Sie erhielten nämlich einen Jahresbetrag von über 8 300 DM, während auf alle übrigen Anspruchsberechtigten nur ein solcher von 2 415 DM kam. Nur unwesentlich gestiegen ist die Zahl der Personen mit Anspruch auf Berufsfürsorge, wobei die Empfänger der Hilfe zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und dergleichen zunahmen, dafür aber diejenigen, die Hilfe für die Unterhaltung und den Betrieb von Kraftfahrzeugen in Anspruch nahmen, fast um die gleiche Zahl zurückgingen.

Von den einmaligen Leistungen überwogen im Berichtsjahr die Fälle der Erholungsfürsorge. In annähernd 4 800 Fällen - es war weit mehr als die doppelte Zahl wie im Vorjahre - wurde diese Hilfe gewährt. Daran waren mit 72% Hinterbliebene und mit 28% Beschädigte beteiligt. Fast die Hälfte der Beschädigten waren Sonderfürsorgeberechtigte. Die Fälle, in denen Beschädigte in Erholung geschickt wurden, haben sich nicht ganz verdoppelt, während sich die von Hinterbliebenen nahezu ver-

Aufwand und Empfänger laufender und einmaliger Leistungen der Kriegsoferfürsorge nach Hilfearten 1963 - 1967

Jahr	Ins- gesamt	Be- rufs- für- sorge	Erziehungs- beihilfe		Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt		Übrige Hilfen 1)
			zu- sam- men	an Waisen	zu- sam- men	an Hinter- bliebene	
Ausgaben (1 000 DM)							
1963	11 487	821	8 758	6 223	1 077	-	831
1964	11 659	737	8 049	5 530	1 260	353	1 613
1965	14 318	1 017	8 622	5 841	1 493	817	3 186
1966	21 606	1 191	10 924	6 337	1 729	1 050	7 762
1967	20 711	1 118	9 912	5 084	1 747	1 048	7 934
Empfänger laufender Hilfen am Jahresende							
1963	7 592	174	5 933	4 013	901	427	584
1964	7 493	208	5 343	3 365	923	519	1 019
1965	7 756	234	5 345	3 010	1 339	824	838
1966	8 017	175	5 378	2 316	1 023	673	1 441
1967	8 172	178	4 963	1 934	1 152	764	1 879
Einmalige Leistungen im Laufe des Berichtsjahres (Fälle)							
1963	1 593	211	-	-	-	-	1 382
1964	4 772	153	-	-	1 825	937	2 794
1965	7 539	331	-	-	2 263	889	4 945
1966	7 616	352	-	-	2 254	1 028	5 010
1967	9 785	338	-	-	1 797	797	7 650

1) Erholungs- und Wohnungsfürsorge einschl. Leistungen nach § 27 b BVG; bei den Empfängern laufender Hilfen ohne Erholungs- und Wohnungsfürsorge.

dreifachten. Im Durchschnitt erforderte eine solche Erholungsreise 370 DM. Der Mittelwert für Beschädigte betrug 427, für Sonderfürsorgeberechtigte sogar 530 und für Hinterbliebene 348 DM. Rund 2 650 Fälle, eine um 131 geringere Anzahl als im Vorjahre, von einmaligen Leistungen wurden unter Sonstiger Hilfe ausgewiesen. Die Fälle der Einzelleistungen von ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt sind von 2 254 auf 1 797 zurückgegangen. Die Wohnungsfürsorge wies im Berichtsjahr mit 243 Fällen nur 11 mehr als 1966 nach. An Beihilfen und Darlehen ergab sich ein Gesamtmittelwert von 5 700 DM je Fall; für Sonderfürsorgeberechtigte sogar von fast 6 000 DM. Ebenso wie im Vorjahre waren die einmaligen Leistungen in der Berufsfürsorge nicht sehr zahlreich, und nur innerhalb der Leistungsarten konnten zahlenmäßig einige unbedeutende Verschiebungen festgestellt werden.

Dr. Th. Walter

## Das steuerpflichtige Vermögen am 1. Januar 1966

Auf Grund des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) wird jeweils in Verbindung mit der Hauptveranlagung der Vermögensteuer - das ist im allgemeinen alle drei Jahre der Fall, zuletzt zum 1. Januar 1966 - eine Vermögensteuerstatistik durchgeführt. Für diese Statistik werden anonymisierte Durchschriften der Steuerbescheide ausgewertet, so daß alle steuerpolitisch wichtigen Erkenntnisse über die Zusammensetzung des Vermögens, der Abzüge und Freibeträge summarisch gewonnen werden können. Die Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik werden regelmäßig für die natürlichen und nichtnatürlichen Personen sowie für das steuerliche Vermögen nach Gruppen und Arten aufbereitet.

### 1. Gesamtentwicklung

a. Vermögensteuerepflichtige: Die Zahl der Vermögensteuerepflichtigen belief sich Anfang 1966 auf rund 26 600, das sind gut 17% mehr als am gleichen Stichtag 1963. Natürliche Personen wurden fast 23 100 oder 16% mehr als drei Jahre zuvor veranlagt. Die nichtnatürlichen Personen verzeichneten eine Zunahme um 26% auf 3 500 Vermögensteuerepflichtige und damit wiederum eine stärkere Ausweitung als im vorangegangenen Erhebungszeitraum.

b. Vermögen: Das Gesamtvermögen, das ist das um die Schulden und sonstige Abzüge verminderte Rohvermögen, betrug insgesamt 8,68 Mrd. DM.



Art der Steuerpflicht	Steuerpflichtige		Gesamtvermögen <sup>1)</sup>		Steuerpflichtiges Vermögen		Steuerschuld	
	Anzahl	1963=100	1 000 DM	1963=100	1 000 DM	1963=100	1 000 DM	1963=100
Natürliche Personen	23 075	116, 1	4 864 225	125, 6	3 818 420	127, 1	37 526	127, 7
Unbeschränkt Steuerpflichtige	22 517	116, 8	4 831 858	125, 6	3 786 321	127, 1	37 220	127, 7
Steuerbelastete	20 915	122, 2	4 756 202	127, 0	3 786 321	127, 1	37 220	127, 7
Steuerbefreite	1 602	74, 1	75 656	72, 9	-	-	-	-
Beschränkt Steuerpflichtige	558	92, 7	32 367	129, 2	32 099	129, 6	306	128, 0
Nichtnatürliche Personen	3 513	126, 1	3 816 388	142, 2	3 826 564	142, 2	37 103	143, 9
Unbeschränkt Steuerpflichtige	3 494	125, 9	3 813 279	142, 5	3 823 458	142, 5	37 073	144, 3
Beschränkt Steuerpflichtige	19	172, 7	3 109	37, 7	3 106	37, 6	30	37, 5
<b>Insgesamt</b>	<b>26 588</b>	<b>117, 3</b>	<b>8 680 613</b>	<b>132, 4</b>	<b>7 644 984</b>	<b>134, 2</b>	<b>74 629</b>	<b>135, 3</b>
Unbeschränkt Steuerpflichtige	26 011	118, 0	8 645 137	132, 5	7 609 779	134, 4	74 293	135, 5
Beschränkt Steuerpflichtige	577	94, 1	35 476	106, 5	35 205	106, 6	336	105, 3

1) Bei den beschränkt Steuerpflichtigen = Inlandsvermögen.

Es erfuhr eine Steigerung um 2,12 Mrd. DM oder 32,4% gegenüber 23,3% in den vorangegangenen drei Jahren. Das stärkere Vermögenswachstum wiesen wieder die nichtnatürlichen Personen auf, deren Vermögen allerdings auch aus zeitnah bewertetem Betriebsvermögen besteht.

Während neben dem Betriebsvermögen nur das sonstige Vermögen den Wertverhältnissen am Bewertungsstichtag entspricht, ist das land- und forstwirtschaftliche Vermögen und das Grundvermögen noch mit den Einheitswerten des Jahres 1935 angesetzt. Da diese Ansätze des Grundbesitzes beträchtlich unter den Verkehrswerten liegen, kann die vorliegende Vermögensteuerstatistik auch nicht die realen Vermögenswerte, insbesondere der natürlichen Personen, und deren Wachstum widerspiegeln. Auch vermag sie keine Einblicke in die Vermögensbildung der breiten Masse kleiner und mittlerer Sparer zu vermitteln, deren Vermögen unter der steuerlichen Erfassungsgrenze bleibt. Die kräftige Erhöhung der Spareinlagen von Anfang 1963 bis Ende 1965 um 58,3% bzw. um 543 auf 1 561 DM je Einwohner in Rheinland-Pfalz ist jedoch ein Indiz für die Entwicklung der privaten Kapitalbildung, wenn auch wohl in den meisten Fällen andersartige, namentlich steuerlich begünstigte Wege der Vermögensbildung beschritten werden oder statistisch nicht erfaßbare private Investitionen den Vorzug erhalten.

## 2. Natürliche Personen

Die in den folgenden Ausführungen nicht berücksichtigte Gruppe der beschränkt Steuerpflichtigen hat zwischen 1963 und 1966 wiederum abgenommen (— 7,3%), während ihr Inlandsvermögen einen Anstieg (+ 29,2%) aufwies.

a. Struktur und Entwicklung des Vermögens: Die Zusammensetzung des Vermögens der natürlichen Personen hat sich im Vergleich zu 1963 zugunsten des sonstigen Vermögens verändert, das als einzige Vermögensart eine überdurchschnittliche Wachstumsrate (+ 29%) verzeichnete. Diese Entwicklung ist allerdings nicht auf ein stärkeres Wachstum des sonstigen Vermögens, sondern auf die überdurchschnittliche Zunahme der Zahl der Fälle mit Kapitalvermögen zurückzuführen. Das Betriebsvermögen, das am vorangegangenen Erhebungsstichtag die stärkste Expansion un-

ter den vier Vermögensarten aufwies, hat diesmal mit 21% insgesamt schwächer zugenommen als das Grundvermögen mit einer Steigerungsrate von 23%. Dies ist jedoch maßgeblich darauf zurückzuführen, daß verschiedene Steuerpflichtige mit sehr hohem Betriebsvermögen durch Wohnsitzverlegung in ein anderes Bundesland in den 1966er Zahlen nicht mehr enthalten sind. Eliminiert man auch für 1963 diese Abgänge, dann ergibt sich für das Betriebsvermögen je Fall ein höherer Steigerungssatz als für das Grundvermögen und die übrigen Vermögensarten. Diese Entwicklung war schon deshalb zu erwarten, weil der Grundbesitz noch mit den historischen Einheitswerten, das Betriebsvermögen mit Ausnahme der Betriebsgrundstücke jedoch mit dem Zeitwert bilanziert wird. Ferner lag - was das sonstige Vermögen betrifft - der Index der Aktienkurse am Stichtag 1966 mit 474 Punkten auf der Basis 1953 = 100 niedriger als drei Jahre zuvor (402).

Im Vergleich zu 1963 hat das sonstige Vermögen (44,7%) wieder den höchsten Anteil an den Vermögenswerten, während das Betriebsvermögen (44,3) aus den oben erwähnten Gründen einen kräftigen und das Grundvermögen (9,2) ebenso wie das land- und forstwirtschaftliche Vermögen (1,8) einen leichten anteiligen Rückgang aufwies. Auf den Grundbesitz entfielen 1966 nur noch 11% der für die Vermögensbesteuerung maßgeblichen Bemessungsgrundlagen, wogegen diese Vermögenswerte 1935 im Reichsgebiet mit über 46% zur Vermögensteuerleistung der natürlichen Personen beitrugen. Wie aus der Übersicht über die Struktur des Vermögens weiter hervorgeht, liegt der Anteil des Betriebsvermögens ganz beträchtlich über dem Vorkriegsstand von damals 16%. Das seit der Mitte der 50er Jahre wieder sehr stark expandierende son-

Struktur des Vermögens der natürlichen Personen 1935 - 1966  
(nur unbeschränkt Steuerpflichtige)

Vermögensart	1935 <sup>1)</sup>	1953	1957	1960	1963	1966
	%					
Land- und forstwirtschaftl. Vermögen	18,2	11,7	7,6	2,9	2,1	1,8
Grundvermögen	28,1	20,1	16,8	10,3	9,3	9,2
Betriebsvermögen	16,0	47,7	47,1	43,2	45,5	44,3
Sonstiges Vermögen	37,7	20,5	28,5	43,6	43,1	44,7

1) Reichsgebiet einschl. Saarland.



Vermögenswerte und Steuerschuld der natürlichen Personen nach Vermögensgruppen 1966  
(nur steuerbelastete unbeschränkt Steuerpflichtige)

Vermögensgruppe nach der Höhe des Gesamtvermögens	Steuerpflichtige			Vermögenswerte							Steuer- schuld
				insgesamt			land- und forstwirt- schaftl. Vermögen	Grund- ver- mögen	Be- triebs- ver- mögen	son- stiges Ver- mögen	
	Anzahl	1963=100	%	1 000 DM	1963=100			%			
unter 30 000 DM	706	88,6	3,4	24 693	95,9	0,5	11,0	27,6	36,4	25,0	0,1
30 000 bis " 40 000 "	887	101,6	4,2	35 666	100,8	0,7	7,6	23,8	34,5	34,1	0,3
40 000 " " 50 000 "	1 228	92,7	5,9	67 934	92,9	1,2	5,7	23,1	42,4	28,8	0,4
50 000 " " 70 000 "	2 997	111,6	14,3	214 078	112,1	3,9	4,0	20,4	44,5	31,1	1,7
70 000 " " 100 000 "	3 895	122,6	18,6	385 367	122,0	7,0	2,6	17,2	48,8	31,4	3,7
100 000 " " 250 000 "	7 563	134,9	36,2	1 368 530	135,2	24,8	1,9	13,1	48,2	36,8	20,0
250 000 " " 500 000 "	2 205	137,6	10,5	879 179	137,1	15,9	1,4	8,5	48,1	42,0	17,0
500 000 " " 1 Mill. "	889	141,3	4,3	700 683	136,8	12,7	0,8	6,5	47,7	45,0	14,6
1 Mill. und mehr	545	131,6	2,6	1 837 419	116,9	33,3	1,2	2,5	38,3	58,0	42,2
I n s g e s a m t	20 915	122,2	100,0	5 513 549	125,9	100,0	1,7	8,8	44,5	45,0	100,0
dagegen: Steuerbefreite	1 602	74,1	100,0	95 853	72,7	100,0	7,5	31,5	34,5	26,5	-

stige Vermögen, das sichtbaren Schwankungen der Kurswerte am Bewertungsstichtag unterliegt, verkörperte bereits 1935 den höchsten Vermögenswert. Es wächst mit steigendem Gesamtvermögen überproportional und beträgt bei den Millionären durchschnittlich 58% des Vermögens. Das Betriebsvermögen ist die dominierende Vermögensart bei den mittleren Vermögen bis zu 1 Mill. DM. Dagegen verzeichnet der Grundbesitz ein mit steigendem Vermögen abnehmendes Gewicht. Bei den Millionären beträgt er im Durchschnitt nicht einmal 4% des Vermögens.

b. **Vermögensschichtung:** Die Vermögenspyramide der steuerbelasteten natürlichen Personen zeigt in den unteren Gruppen bis 100 000 DM auf Grund der Wirkungen der persönlichen Freibeträge eine verhältnismäßig schwache Vermögensbeteiligung. Über 46% der hier Erfassten verfügten 1966 über 13% des gesamten Vermögens und trugen 6% zur Steuerleistung bei. Die Vermögenswerte zwischen 100 000 und 500 000 DM wurden ebenfalls bei 46% der steuerbelasteten natürlichen Personen veranlagt, die über fast 41% des Vermögens insgesamt verfügten. Knapp 7% der Vermögensteuerepflichtigen mit einem Vermögen über 500 000 DM vereinigten 46% des Vermögens auf sich, darunter die Millionäre, das sind 2,6% der steuerbelasteten natürlichen Personen, ein Drittel. Auf die Millionäre entfielen 42% der Vermögensteuerschuld der natürlichen Personen.

c. **Vermögensminderungen:** Summiert man die Werte der vier Vermögensarten, dann erhält man das Rohvermögen, das, vermindert um die Schulden und sonstigen Abzüge, das Gesamtvermögen darstellt. Nach Abzug der persönlichen Freibeträge von dem auf volle 1 000 DM abgerundeten Gesamtvermögen verbleibt das steuerpflichtige Vermögen der natürlichen Personen.

Abweichungen in der Summe der Vermögenswerte und der Höhe des Rohvermögens resultieren aus Fällen, in denen Steuerpflichtige wegen Überschuldung beim Betriebsvermögen Minusbeträge nachgewiesen haben, die jedoch nicht beim Betriebsvermögen, sondern erst bei der Ermittlung des Rohvermögens berücksichtigt werden. Überall

dort, wo Steuerpflichtige mit solchen Minusbeträgen aufgetreten sind, ist das Rohvermögen kleiner als die Summe der einzelnen Vermögenswerte. Die Gesamtdifferenz belief sich 1966 auf fast 5,8 Mill. DM.

Saldiert man die Schulden und sonstigen Abzüge mit dem Rohvermögen, dann ergibt sich das Gesamtvermögen, das im Vergleich zu 1963 eine Zunahme um 26% auf über 4,8 Mrd. DM erfahren hat. Das Rohvermögen von 5,6 Mrd. DM verzeichnete demgegenüber eine Steigerung um 24%. Die im Vergleich dazu höhere Zuwachsrates des Gesamtvermögens ergibt sich daraus, daß sich die abzugsfähigen Schulden nur um gut 17% erhöht haben. Unter den Schulden und sonstigen Abzügen war die Ausgleichsabgabeschuld gemäß § 209 LAG um 18% niedriger als 1963, so daß ihr Anteil an den gesamten Schulden von 23 auf 16% zurückgegangen ist. Die übrigen Schulden haben sich demgegenüber um 27% erhöht.

Bei 1 602 Steuerpflichtigen (— 25,9%) waren die Freibeträge (94,7 Mill. DM) höher als das Gesamtvermögen (75,7 Mill. DM), so daß kein steuerpflichtiges Vermögen mehr verblieb (Steuerbefreite). Bei den 20 915 Steuerbelasteten gegenüber rund 17 100 zuvor, verminderte sich das um die Freibeträge gekürzte Gesamtvermögen von 4,8 Mrd. DM derart, daß sich ein steuerpflichtiges Vermögen von knapp 3,8 Mrd. DM ergab.

d. **Steuerleistung:** Die Jahressteuerschuld der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen wurde auf den 1. Januar 1966 mit 37,2 Mill. DM festgesetzt, das sind fast 28% mehr als 1963. Der im Vergleich zur Wachstumsrate des steuerpflichtigen Vermögens stärkere Anstieg des Steuerbetrages ergibt sich aus der erneut rückläufigen Vermögensbesteuerung mit dem begünstigten Steuersatz von 0,75 vH, mit dem diesmal noch 6,8% des steuerpflichtigen Vermögens gegenüber vorher 8,7% belastet worden sind. Der Anteil der Steuer am steuerpflichtigen Vermögen blieb mit 0,98% unverändert.

e. **Verwaltungsbezirke:** Vermögensteuerstatistische Regionalergebnisse sind wie bei den vorangegangenen Erhebungen wiederum nur für die unbeschränkt steuerpflichtigen Personen



Vermögen der natürlichen Personen nach Verwaltungsbezirken 1966  
(nur unbeschränkt Steuerpflichtige)

Verwaltungsbezirk	Steuerpflichtige		Rohvermögen						Gesamt- ver- mögen	Steuer- schuld
	ins- gesamt	je 10 000 Ein- wohner	ins- gesamt	je Ein- wohner	land- und forstwirt- schaftl. Vermögen	Grund- ver- mögen	Betriebs- ver- mögen	sonstiges Ver- mögen		
	Anzahl		1 000 DM	DM					je Einwohner	
						%			DM	
Kreisfreie Stadt Koblenz	1 001	98	278 248	2 719	0,4	10,7	39,2	49,7	2 304	18,36
Landkreise										
Ahrweiler	603	66	202 968	2 235	1,5	6,9	29,3	62,3	2 020	17,06
Altenkirchen (Ww.)	442	38	152 989	1 302	3,1	6,3	30,8	59,8	1 146	9,51
Birkenfeld	885	94	190 400	2 021	0,2	10,9	64,0	24,9	1 773	12,83
Idar-Oberstein, St.	489	162	119 756	3 969	0,1	11,0	64,4	24,5	3 533	27,00
Cochern	244	52	43 835	927	0,5	9,0	61,4	29,1	830	5,88
Koblenz	434	52	119 385	1 438	2,2	10,6	38,1	49,1	1 197	9,31
Kreuznach	982	74	309 045	2 339	1,7	8,1	45,5	44,7	2 009	16,42
Bad Kreuznach, St.	463	127	146 746	4 041	1,0	9,1	40,0	49,9	3 512	29,09
Mayen	708	56	215 801	1 701	1,3	8,0	52,6	38,1	1 492	11,83
Neuwied	935	65	251 961	1 751	1,8	9,2	45,2	43,8	1 532	12,13
Neuwied, St.	271	99	77 741	2 847	4,2	10,2	39,6	46,0	2 394	19,08
Sankt Goar	301	58	97 469	1 864	0,6	9,0	31,2	59,2	1 404	10,98
Simmern	220	52	39 318	936	1,5	8,1	69,5	20,9	846	5,62
Zell (Mosel)	278	78	81 567	2 292	0,9	5,5	48,8	44,8	1 978	15,88
Reg. Bez. Koblenz	7 033	66	1 982 986	1 857	1,4	8,7	44,1	45,8	1 605	12,73
Kreisfreie Stadt Trier	705	82	174 550	2 032	0,6	15,1	44,2	40,1	1 727	13,20
Landkreise										
Bernkastel	203	36	45 649	815	6,1	5,8	41,0	47,1	668	4,75
Bitburg	227	40	53 299	945	1,5	10,3	69,9	18,3	852	6,47
Daun	156	37	37 106	878	0,8	8,5	66,3	24,4	757	5,70
Prüm	105	27	16 329	417	1,0	9,2	67,7	22,1	379	2,45
Saarlouis	143	31	36 257	787	1,9	8,0	41,5	48,6	656	4,90
Trier	184	20	73 354	782	2,0	6,8	44,8	46,4	691	5,85
Wittlich	318	59	62 274	1 158	3,5	11,2	45,8	39,5	999	7,01
Reg. Bez. Trier	2 041	43	498 818	1 054	1,9	10,8	49,2	38,1	907	6,87
Landkreise										
Oberwesterwaldkreis	329	46	69 121	960	1,1	8,4	61,6	28,9	847	6,07
Loreleykreis	273	48	43 562	765	1,0	12,0	50,6	36,4	668	4,50
Unterlahnkreis	404	67	88 414	1 455	0,6	9,4	45,8	44,2	1 238	9,30
Unterwesterwaldkreis	573	71	132 391	1 648	0,5	7,3	58,2	34,0	1 448	10,88
Reg. Bez. Montabaur	1 579	58	333 488	1 235	0,4	8,8	54,8	36,0	1 076	7,90
Kreisfreie Städte										
Mainz	1 238	86	295 437	2 057	0,5	11,1	34,3	54,1	1 759	13,66
Worms	656	103	125 751	1 978	1,4	15,1	40,8	42,7	1 694	12,03
Landkreise										
Alzey	414	66	64 837	1 027	8,2	9,0	54,1	28,7	873	5,61
Bingen	557	72	308 398	4 013	1,6	4,6	47,0	46,8	3 561	31,51
Mainz	504	66	141 360	1 843	4,6	5,0	48,7	41,7	1 492	11,75
Worms	366	73	56 198	1 116	20,9	6,4	34,9	37,8	899	5,50
Reg. Bez. Rheinhessen	3 735	79	991 981	2 092	3,2	8,3	42,5	46,0	1 790	14,09
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	313	85	74 157	2 013	0,9	10,6	26,6	61,9	1 528	11,40
Kaiserslautern	723	84	169 796	1 966	0,6	11,9	36,7	50,8	1 698	13,07
Landau i. d. Pfalz	425	137	95 643	3 091	0,8	10,3	49,9	39,0	2 637	19,81
Ludwigshafen a. Rhein	1 160	66	241 613	1 371	0,6	12,3	31,7	55,4	1 176	8,81
Neustadt a. d. Weinstr.	496	163	137 475	4 513	0,4	9,6	37,2	52,8	3 992	32,10
Pirmasens	623	121	170 901	3 308	0,2	13,5	41,7	44,6	2 826	22,20
Speyer	361	88	58 804	1 431	0,8	11,1	45,6	42,5	1 250	8,39
Zweibrücken	240	71	58 559	1 733	0,5	8,7	56,2	34,6	1 484	11,40
Landkreise										
Bergzabern	240	49	66 573	1 354	1,0	4,9	47,6	46,5	1 247	10,01
Frankenthal (Pfalz)	407	68	83 668	1 391	7,5	7,2	36,6	48,7	1 203	8,81
Germersheim	274	32	47 369	561	2,0	7,5	51,2	39,3	508	3,42
Kaiserslautern	342	33	68 859	662	1,1	9,5	57,1	32,3	573	4,05
Kirchheimbolanden	196	54	34 070	945	6,6	6,9	32,6	53,9	809	5,49
Kusel	316	42	52 339	697	0,9	8,2	65,4	25,5	621	3,98
Landau i. d. Pfalz	362	59	62 608	1 021	4,2	7,2	56,6	32,0	920	6,36
Ludwigshafen a. Rhein	156	33	23 742	508	3,0	11,3	37,2	48,5	447	2,95
Neustadt a. d. Weinstr.	774	77	194 745	1 947	3,5	7,3	35,0	54,2	1 662	12,82
Pirmasens	406	49	102 157	1 244	0,6	8,8	59,9	30,7	1 043	7,61
Rockenhausen	152	36	24 175	580	3,8	7,4	54,5	34,3	515	3,26
Speyer	107	29	17 018	456	1,9	13,1	53,9	31,1	400	2,54
Zweibrücken	56	18	12 115	396	7,1	7,6	38,0	47,3	341	2,48
Reg. Bez. Pfalz	8 129	63	1 796 386	1 386	1,6	9,9	42,3	46,2	1 195	8,90
Rheinland-Pfalz	22 517	63	5 603 646	1 566	1,8	9,2	44,3	44,7	1 349	10,39
dav. : Kreisfreie Städte	7 941	90	1 880 934	2 131	0,6	11,9	38,7	48,8	1 818	13,94
Landkreise	14 576	54	3 722 725	1 379	2,4	7,8	47,2	42,6	1 195	9,22



Betriebsvermögen, steuerpflichtiges Vermögen und Steuerschuld der nichtnatürlichen Personen  
nach Vermögensgruppen und Rechtsformen 1966  
(nur unbeschränkt Steuerpflichtige)

Vermögensgruppe nach der Höhe des steuerpflichtigen Vermögens Rechtsform	Steuerpflichtige			Betriebsvermögen <sup>1)</sup> (Einheitswert)			Steuer- pflichtiges Vermögen		Steuerschuld	
	Anzahl	1963=100	%	Mill. DM	1963=100	%	Mill. DM	%	1963=100	
unter 20 000 DM	355	95,7	10,2	4,5	76,1	0,1	4,4	0,1	100,0	
20 000 bis " 30 000 "	1 171	135,2	33,5	17,6	133,9	0,4	26,7	0,7	145,6	
30 000 " " 40 000 "	214	130,5	6,1	7,6	126,5	0,2	7,3	0,2	129,1	
40 000 " " 50 000 "	156	133,3	4,5	7,4	135,0	0,2	6,9	0,2	134,0	
50 000 " " 70 000 "	234	112,5	6,7	13,4	101,9	0,3	13,3	0,4	108,3	
70 000 " " 100 000 "	203	123,0	5,8	17,6	119,9	0,5	16,8	0,4	121,3	
100 000 " " 250 000 "	449	131,3	12,9	73,5	124,5	1,8	70,7	1,9	127,6	
250 000 " " 500 000 "	256	129,9	7,3	98,1	132,3	2,4	93,1	2,5	136,3	
500 000 " " 1 Mill.	166	132,8	4,8	121,2	128,7	3,0	115,6	3,0	134,5	
1 Mill. " " 2,5 " "	138	136,6	3,9	228,5	138,6	5,7	217,8	5,7	145,8	
2,5 " " " 5 " "	73	110,6	2,1	282,9	109,9	7,0	268,7	7,1	110,2	
5 " " " " 10 " "	46	219,0	1,3	363,3	230,9	9,0	332,2	8,6	242,3	
10 " und mehr	33	103,1	0,9	2 800,0	135,7	69,4	2 649,9	69,2	143,2	
<b>Insgesamt</b>	<b>3 494</b>	<b>125,9</b>	<b>100,0</b>	<b>4 035,5</b>	<b>137,8</b>	<b>100,0</b>	<b>3 823,5</b>	<b>100,0</b>	<b>144,3</b>	
Aktiengesellsch. (einschl. KG a. A.)	97	94,2	2,8	2 789,3	132,5	69,1	2 621,9	68,7	140,6	
Bergrechtliche Gewerkschaften	18	105,9	0,5	14,2	118,1	0,4	12,6	0,3	122,9	
Gesellschaften mbH	2 232	129,7	63,9	911,6	147,5	22,6	876,2	22,7	149,6	
Erwerbs- und Wirtschaftsgenoss.	769	105,9	22,0	153,8	125,5	3,8	150,6	4,0	126,8	
Versicherungsvereine a. G.	10	111,1	0,3	15,5	143,5	0,4	15,5	0,4	143,5	
Kreditanstalten d. öffentl. Rechts	61	103,4	1,7	70,9	137,3	1,7	70,9	1,9	136,9	
Betriebe im Eigentum von jur. Personen des öffentl. Rechts (ohne Kreditanstalten)	200	350,9	5,7	71,3	2 629,5	1,8	67,2	1,8	3 095,2	
Sonst. nichtnatürliche Personen	107	128,9	3,1	8,9	139,6	0,2	8,7	0,2	154,5	

1) Bei den sonstigen nichtnatürlichen Personen, die nicht unter § 97 BewG fallen = Gesamtvermögen vor Abzug der Ausgleichsabgabe.

aufbereitet worden. Die nebenstehende Übersicht zeigt die Verteilung der Steuerpflichtigen, des Roh- und Gesamtvermögens sowie der Steuerschuld auf die kreisfreien Städte und Landkreise und vermittelt darüber hinaus instruktive Einblicke in die regional unterschiedliche Vermögensstruktur.

### 3. Nichtnatürliche Personen

Die regelmäßig schwankende, unbedeutende Zahl der beschränkt steuerpflichtigen nichtnatürlichen Personen bleibt auch hier unberücksichtigt. Sie erhöhte sich seit dem vorangegangenen Bewertungsstichtag von 11 auf 19, während das gesamte Inlandsvermögen sowie die Steuerschuld um über 62% niedriger lagen als 1963.

a. **Unbeschränkt Steuerpflichtige:** Die erneut stärkere Zunahme der Zahl der veranlagten nichtnatürlichen Personen ist auf den Zugang von Gesellschaften mbH und sonstigen nichtnatürlichen Personen um jeweils fast 30% sowie auf die Einbeziehung der Betriebe im Eigentum von juristischen Personen des öffentlichen Rechts auf Grund der vermögenssteuerlichen Gleichstellung der öffentlichen und privaten Versorgungsunternehmen ab 1. Januar 1966 zurückzuführen. Während bisher Unternehmen, die ausschließlich im Eigentum von Gebietskörperschaften standen und deren Erträge diesen Körperschaften ganz zuflossen, nach § 3a Ziff. 3 VStG vermögenssteuerfrei waren, sofern das Vermögen der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Gas, Strom und Wärme diente, ist dieses Vermögensteuerprivileg der ausschließlich im Eigentum der öffentlichen Hand befindlichen Versorgungsunternehmen nunmehr durch den neuen § 117 BewG weggefallen. Eine wesentliche Verschiebung der Verteilung der Steuerpflichtigen auf die Vermögensgruppen ist durch die Zunahme der Veranlagten nicht eingetreten.

b. **Betriebsvermögen:** Auch hinsichtlich der Schichtung des Betriebsvermögens sind in den

einzelnen Vermögensgruppen, mit Ausnahme der Verschiebung der Verteilung in den oberen Gruppen über 2,5 Mill. DM, keine entscheidenden Änderungen zu verzeichnen. In den Gruppen über 5 Mill. DM hat sich die Vermögenskonzentration weiter verstärkt, so daß die Gesellschaften mit einem Millionenvermögen, das sind 8,2% der nichtnatürlichen Personen, über 91% des Betriebsvermögens verfügten. Darunter repräsentierten 2,2% (1963: 2,0%) der Veranlagten mit einem Vermögen von 5 Mill. DM und mehr 78,4 gegenüber vorher 75,8% des Betriebsvermögens.

Das gesamte Betriebsvermögen belief sich auf gut 4 Mrd. DM und lag damit um rund 38% höher als am 1. Januar 1963, an dem die Steigerungsrate gut 23% betrug. Da das Betriebsvermögen als Reinvermögen schon den um die betrieblichen Schulden verminderten Wert darstellt, wird zur Ermittlung des Gesamtvermögens von dem auf volle 1 000 DM abgerundeten Betriebsvermögen lediglich der Zeitwert der Vermögensabgabe und die rückständige Vermögensabgabe abgezogen. Diese Abzüge haben im Vergleich zu 1963, insbesondere durch die Tilgung der rückständigen Vermögensabgabe, um 13,6% abgenommen, wodurch das Gesamtvermögen wieder einen größeren Zuwachs als das Betriebsvermögen erfahren hat, was auch für die Steuerschuld gilt.

c. **Rechtsformen:** An der Zahl der Fälle gemessen, stellten die zahlenmäßig beträchtlich gestiegenen Gesellschaften mbH (64%) und die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (22%) die höchsten Anteile. Demgegenüber wurde das höchste Vermögen jedoch bei den Aktiengesellschaften veranlagt, die infolge des leichten zahlenmäßigen Rückganges bei sonst gestiegener Steuerpflichtigenzahl 2,8% der nichtnatürlichen Personen mit über 69% des gesamten Vermögens stellten.

Dr. K. H. Weis



# Die Struktur des veranlagten Einkommens in den kreisfreien Städten und Landkreisen im Jahre 1965

Neben einer Lohn- und Körperschaftsteuerstatistik ist auf Grund des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665) für das Jahr 1965 auch eine Statistik über das der Einkommensteuer unterliegende veranlagte Einkommen durchgeführt worden. Die Statistiken über die Steuern vom Einkommen werden nunmehr alle drei Jahre wiederholt.

Als Erhebungspapiere dienen anonyme Durchschriften der Einkommensteuerbescheide, deren Resultate in dem folgenden Beitrag in regionaler Gliederung dargestellt sind. Detaillierte Angaben über Struktur und Schichtung des Einkommens der Einkommensteuerpflichtigen, die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Steuerpflichtigen mit Einkünften überwiegend aus Gewerbebetrieb, die Einkommensverhältnisse der Angehörigen freier Berufe, die Entwicklung der Steuerbelastung sowie erstmals eine zusammenfassende Darstellung der Einkommensschichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen werden in späteren Veröffentlichungen vorgelegt.

## 1. Einkommensteuerpflichtige

In Rheinland-Pfalz sind im Jahre 1965 mehr als 251 000 Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt worden. Mit gut 21% war der Zuwachs gegenüber 1961 beträchtlich, wozu vor allem der kräftige Zugang an Arbeitnehmern beigetragen hat, die mit ihren Lohnneinkommen zwischenzeitlich die Veranlagungsgrenze überschritten haben und erstmals veranlagt worden sind. Bei rund 3 000 Veranlagten ergab sich ein Verlust, so daß sie für eine Besteuerung nicht in Betracht kamen. Unter den übrigen, mit einem Einkommen Veranlagten befanden sich neben den unbeschränkt Steuerpflichtigen 840 Personen, die als Ausländer nur beschränkt mit ihren Inlandseinkünften besteuert worden sind. Ihre Zahl hat sich seit 1954 ständig verringert. Dagegen ist die Zahl der wegen Geringfügigkeit ihres Einkommens nicht veranlagten Einkommensteuerpflichtigen im Vergleich zu 1961 um die Hälfte auf 26 400 gestiegen.

In die Gliederung nach kreisfreien Städten und Landkreisen sind nur die 247 283 unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen mit einem Einkommen einbezogen worden. Die regionale Zuordnung erfolgte entsprechend den Veranlagungsmodalitäten nach dem Wohnort der Steuerpflichtigen, so daß die nachgewiesenen Zahlen nur bedingt etwas über die Gebietsteile aussagen, in denen das Einkommen entstanden ist. Eine besonders große Veranlagungsdichte - das ist die Zahl der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen bezogen auf die Einwohnerzahl - weisen im allgemeinen solche Verwaltungsbezirke auf, in denen die gewerbliche oder land- und forstwirtschaftliche Betätigung eine ergiebige Einkommensquelle darstellt. Mit 101 Veranlagten je 1 000 Einwohner lag 1965 der pfälzische Weinbaukreis Landau am weitesten über dem Landesdurchschnitt (69), gefolgt von der gleichnamigen kreisfreien Stadt (96), dem Landkreis (95)

und der Stadt Neustadt (88) sowie den Landkreisen Frankenthal und Worms (jeweils 87). Die niedrigste Veranlagungsdichte verzeichnete nach wie vor der Landkreis Prüm (36). Aber auch in den Kreisen Daun, Zweibrücken, Bitburg und Simmern sind 1965 weniger als 50 Einkommensteuerpflichtige je 1 000 Einwohner veranlagt worden. Für diese Kreise errechnet sich auch eine unter dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitnehmerquote. Die dennoch derart geringe Veranlagungsziffer erklärt sich daraus, daß die dort überwiegend aus der Landwirtschaft, in Zweibrücken aus dem Kleingewerbe, bezogenen Einkünfte häufig so niedrig waren, daß sie für eine Veranlagung nicht in Betracht kamen.

Im Vergleich zum Jahre 1961 hat sich die Zahl der zur Einkommensteuer Veranlagten in fast allen Verwaltungsbezirken stärker erhöht als die Bevölkerung. Die Zunahme der Veranlagungsdichte war in den kreisfreien Städten (22,4%) größer als in den Landkreisen (15%). Besonders kräftig war der Zugang an veranlagten Einkommensteuerpflichtigen je Einwohner in den kreisfreien Städten Frankenthal, Neustadt, Mainz und Trier, in sämtlichen Kreisen des Regierungsbezirks Montabaur sowie den Landkreisen Pirmasens, Kaiserslautern und Rockenhausen. Einen Rückgang verzeichneten dagegen die Weinbaukreise Landau, Bernkastel und Cochem.

## 2. Einkünfte

Die Summe der im Jahre 1965 von den unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen in Rheinland-Pfalz erzielten Einkünfte war mit 5,19 Mrd. DM um 54,5% höher als vier Jahre zuvor. Da die hauptsächlich bei den Einkünften an Vermietung und Verpachtung entstanden und bei der Ermittlung des Gesamtbetrags der Einkünfte ausgeglichenen Verluste im gleichen Zeitraum noch kräftiger zugenommen haben (um 84% auf 212 Mill. DM), war der Anstieg des Gesamtbetrags der Einkünfte (4,98 Mrd. DM) mit + 53,4% etwas schwächer. Nach Abzug des Freibetrags für freie Berufe und der Sonderausgaben errechnet sich ein veranlagtes Einkommen von 4,29 Mrd. DM. Das mit + 50,9% im Vergleich zum Gesamtbetrag der Einkünfte niedrigere Wachstum des Einkommens resultiert insbesondere aus der Erhöhung des Sonderausgaben-Pauschbetrags für Arbeitnehmer von 636 DM auf 936 DM sowie der Anhebung der Sonderausgaben-Höchstbeträge für den Vorwegabzug von Versicherungsbeiträgen durch das Steueränderungsgesetz 1964.

Der im Landesdurchschnitt je Steuerpflichtigen erzielte Gesamtbetrag der Einkünfte (gut 20 000 DM) wurde in allen kreisfreien Städten übertroffen, insbesondere in Koblenz mit 29 000, Mainz mit fast 26 800 und Pirmasens mit 26 600 DM. Unter den Landkreisen verzeichnete lediglich Bingen einen überdurchschnittlich hohen Betrag (25 700 DM). Durchschnittlich weniger als 15 000 DM wiesen dagegen die Einkommensteuerpflichtigen



Einkünfte und Einkommensteuer der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen nach Verwaltungsbezirken 1965

Verwaltungsbezirk	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte			Einkünfte aus				Einkommen- steuer	
						Land- u. Forst- wirt- schaft	Ge- werbe- betrieb	selb- ständiger Arbeit	nicht- selb- ständiger Arbeit		
	Anzahl	je 1 000 Einw.	Mill. DM	DM je Steuerpfl.	DM je Einwohner					Mill. DM	DM je Einw.
Kreisfreie Stadt Koblenz	7 000	68	203,2	29 026	1 986	4	948	261	671	43,3	423
Landkreise											
Ahrweiler	6 776	75	142,0	20 962	1 576	27	825	149	516	25,1	279
Altenkirchen (Ww.)	6 863	59	131,9	19 218	1 127	8	569	101	434	21,3	182
Birkenfeld	7 120	76	149,9	21 060	1 600	2	1 114	109	379	27,9	297
Cochern	3 360	71	52,5	15 629	1 113	78	641	98	281	7,4	156
Koblenz	5 554	67	104,0	18 732	1 260	13	609	93	538	15,9	193
Kreuznach	9 259	70	200,8	21 687	1 523	46	811	140	504	39,4	299
Mayen	7 536	60	153,8	20 410	1 216	10	687	104	398	27,1	214
Neuwied	10 563	74	213,5	20 211	1 493	7	764	136	577	37,3	261
Sankt Goar	3 390	65	63,2	18 649	1 210	14	689	112	377	10,0	191
Simmern	2 032	49	39,3	19 363	943	6	578	110	247	6,0	145
Zell (Mosel)	2 924	82	55,3	18 929	1 551	141	952	110	267	11,2	313
Reg. Bez. Koblenz	72 377	68	1 509,6	20 858	1 419	22	771	131	468	272,0	256
Kreisfreie Stadt Trier	5 797	67	147,3	25 406	1 705	6	844	250	545	28,7	332
Landkreise											
Bernkastel	4 455	79	63,3	14 216	1 129	197	604	83	228	8,6	153
Bitburg	2 716	48	50,2	18 467	891	16	547	91	230	8,4	148
Daun	1 825	44	36,8	20 156	883	4	552	94	225	6,1	146
Prüm	1 417	36	24,4	17 208	625	4	404	72	150	3,6	93
Saarlouis	2 554	56	41,7	16 320	910	62	456	86	313	6,1	133
Trier	4 707	51	77,1	16 380	828	102	384	62	289	11,4	123
Wittlich	3 827	71	55,1	14 402	1 028	99	560	82	272	7,3	136
Reg. Bez. Trier	27 298	58	495,8	18 164	1 051	65	557	110	305	80,2	170
Landkreise											
Oberwesterwaldkreis	4 863	68	84,1	17 293	1 179	3	673	93	441	12,5	175
Loreleykreis	3 714	65	60,4	16 276	1 062	11	543	123	387	8,4	148
Unterlahnkreis	3 739	62	78,6	21 029	1 300	11	712	132	430	15,3	253
Unterwesterwaldkreis	5 951	75	119,4	20 058	1 497	3	893	103	521	20,9	262
Reg. Bez. Montabaur	18 267	68	342,5	18 752	1 276	6	719	111	451	57,1	213
Kreisfreie Städte											
Mainz	10 164	71	272,1	26 770	1 902	13	755	229	835	53,1	371
Worms	4 435	70	104,5	23 560	1 644	26	849	172	562	19,6	309
Landkreise											
Alzey	4 914	78	79,1	16 099	1 260	243	561	95	357	11,7	186
Bingen	6 197	81	159,4	25 721	2 084	133	1 211	117	579	37,1	486
Mainz	6 369	84	120,1	18 857	1 586	220	700	116	559	21,4	283
Worms	4 372	87	65,1	14 881	1 302	326	485	74	423	9,0	180
Reg. Bez. Rheinhessen	36 451	77	800,2	21 954	1 697	131	778	151	605	151,9	322
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	2 645	72	61,5	23 248	1 673	27	596	173	870	10,4	282
Kaiserslautern	6 308	73	150,5	23 857	1 746	2	805	238	631	28,3	329
Landau i. d. Pfalz	2 947	96	72,0	24 426	2 344	13	1 202	294	796	13,7	445
Ludwigshafen a. Rhein	11 398	64	287,9	25 257	1 629	6	565	158	844	52,0	294
Neustadt a. d. Weinstr.	2 680	88	68,2	25 450	2 233	10	1 022	298	762	12,9	423
Pirmasens	3 784	73	100,7	26 604	1 936	2	1 109	194	550	20,5	394
Speyer	2 793	68	67,6	24 211	1 647	8	763	193	668	11,8	288
Zweibrücken	2 317	69	55,6	23 984	1 652	3	847	195	597	10,4	311
Landkreise											
Bergzabern	3 000	61	53,5	17 833	1 087	52	543	105	393	7,9	160
Frankenthal (Pfalz)	5 192	87	85,2	16 409	1 427	161	563	97	604	12,4	208
Germersheim	5 333	64	85,8	16 084	1 029	29	490	85	448	11,4	137
Kaiserslautern	6 594	64	105,8	16 039	1 023	8	445	81	500	13,7	133
Kirchheimbolanden	2 364	66	37,6	15 920	1 044	54	429	99	459	4,9	136
Kusel	3 923	52	64,8	16 515	864	4	478	76	318	9,5	126
Landau i. d. Pfalz	6 174	101	87,3	14 136	1 422	282	646	104	387	12,5	203
Ludwigshafen a. Rhein	3 551	76	63,2	17 810	1 361	43	446	98	808	8,9	192
Neustadt a. d. Weinstr.	9 491	95	166,5	17 541	1 673	159	683	129	676	26,2	264
Pirmasens	5 882	72	118,1	20 073	1 449	6	797	86	608	20,9	257
Rockenhausen	2 437	59	36,0	14 791	867	25	447	65	339	4,7	112
Speyer	2 683	72	44,1	16 449	1 186	40	483	108	591	6,0	160
Zweibrücken	1 394	46	19,9	14 281	654	15	291	20	348	2,2	72
Reg. Bez. Pfalz	92 890	72	1 831,7	19 719	1 417	46	630	132	595	301,2	233
Rheinland-Pfalz	247 283	69	4 979,9	20 139	1 396	50	689	130	509	862,4	242
dav.: Kreisfreie Städte	62 268	71	1 590,9	25 550	1 802	9	802	215	714	304,8	345
Landkreise	185 015	69	3 389,0	18 317	1 262	63	651	102	442	557,7	208



der Landkreise Bernkastel, Wittlich, Worms, Landau, Rockenhausen und Zweibrücken nach.

Bedingt durch die unterschiedliche Veranlagungsdichte in den Verwaltungsbezirken ergibt ein Vergleich der Pro-Kopf-Beträge ein anderes Bild. Hierbei errechnen sich für die kreisfreien Städte Landau (2 344 DM) und Neustadt (2 233 DM) die mit Abstand höchsten Beträge, gefolgt vom Landkreis Bingen und den Städten Koblenz, Pirmasens und Mainz mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte je Einwohner zwischen 2 100 und 1 900 DM. Am Ende der Skala dieser Durchschnittswerte finden sich die Landkreise Zweibrücken (654) und Prüm (625 DM).

Es ist auffallend, daß die höchsten veranlagten Einkünfte je Einwohner nicht in den großen Industriezentren, sondern in den mittelgroßen Städten des Landes erzielt worden sind. Das ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß gewerbliche Großbetriebe im allgemeinen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft, insbesondere AG und GmbH, geführt werden und als solche mit ihren Einkünften nicht der veranlagten Einkommensteuer, sondern der Körperschaftsteuer unterliegen. Als Beispiel hierfür ist die kreisfreie Stadt Ludwigshafen anzusehen, in der 1965 pro Kopf das höchste körperschaftsteuerpflichtige Einkommen erreicht wurde, der zur Einkommensteuer veranlagte Gesamtbetrag der Einkünfte je Einwohner jedoch unter den kreisfreien Städten den niedrigsten Wert aufwies. Die in der Einkommensteuerstatistik ins Gewicht fallenden Einkünfte stammen hauptsächlich von größeren gewerblichen Einzelunternehmen, wie sie häufig in Städten mittlerer Größenordnung anzutreffen sind, oder aus Arbeitnehmertätigkeit.

Auf die Einkünfte aus Gewerbebetrieb entfielen 1965 insgesamt fast die Hälfte der gesamten Einkünfte. Je Einwohner beliefen sie sich auf durchschnittlich 689 DM. Um rund drei Viertel höher waren die Pro-Kopf-Beträge im Landkreis Bingen und in der Stadt Landau, in Verwaltungsbezirken also, in denen mittlere und größere Betriebe von Industrie, Handwerk und Handel zahlreich vertreten sind. Sehr hohe Durchschnittswerte wiesen auch der durch seine Edelstein- und Schmuckwarenindustrie bekannte Landkreis Birkenfeld sowie die Städte Pirmasens und Neustadt auf, während sich für den Kreis Zweibrücken mit 291 DM der weitaus niedrigste Betrag errechnet.

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit sind nur dann in der Einkommensteuerstatistik erfaßt, wenn Lohnsteuerpflichtige zusätzlich über Einkünfte aus anderen Einkunftsarten verfügen oder mit ihren Lohneinkommen bestimmte Veranlagungsgrenzen überschritten haben. Im Rahmen dieser Statistik kann daher hinsichtlich der regionalen Bedeutung der Arbeitnehmereinkünfte nur wenig ausgesagt werden. Die vorliegenden Zahlen bestätigen jedoch die bereits anhand der lohnsteuerstatistischen Resultate getroffene Feststellung, daß in den Industriestädten Frankenthal und Ludwigshafen sowie - u. a. auf Grund der zahlreichen Behördenbediensteten - in der Landeshauptstadt Mainz die Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit am stärksten dominieren.

Auf Grund der in den größeren Städten günstigeren Voraussetzungen für eine Berufsausübung spielt die selbständige Arbeit, überwiegend in Form freiberuflicher Tätigkeit, dort eine weit bedeutendere Rolle als in den ländlichen Gebietsteilen. Die Einkünfte aus diesem Erwerbszweig waren in den kreisfreien Städten mit 215 DM je Einwohner mehr als doppelt so hoch wie in den Landkreisen. Herausragende Durchschnittsbeträge wiesen vor allem die Städte Neustadt, Landau und Koblenz auf. Ausgenommen die Kreise mit größeren, zentral gelegenen Städten (Neuwied) oder auch Bade- und Fremdenverkehrsorten (Ahrweiler, Kreuznach, Unterlahnkreis), in denen sich freiberuflich Tätigen, wie Ärzten, Anwälten oder Steuerberatern, günstige Verdienstmöglichkeiten bieten, erlangten die Einkünfte aus selbständiger Arbeit in den Landkreisen nur geringe Bedeutung.

In allen kreisfreien Städten tragen die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft nur unwesentlich zu den Gesamteinkünften bei. Dagegen sind sie in einigen Landkreisen von erheblichem Gewicht, insbesondere im Landkreis Worms, wo je Einwohner 326 DM auf diese Einkunftsart entfielen. Dahinter folgen mit Landau (282), Alzey (243) und Mainz (220 DM) durchweg Kreise, in denen, ebenso wie in Worms, der Anbau hochwertiger und ertragreicher Sonderkulturen (Wein, Obst und Gemüse) sehr verbreitet ist. Zwar handelt es sich auch bei den meisten Eifel- und Moselkreisen um überwiegend landwirtschaftlich orientierte Gebiete, doch sind die aus Land- und Forstwirtschaft erzielten Einkünfte hier im allgemeinen verhältnismäßig niedrig.

Die übrigen Einkunftsarten bestimmten die Höhe der Gesamteinkünfte meist nur wenig. Am höchsten waren die Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung sowie aus sonstigen Quellen (Leibrenten, Spekulationsgewinne u. ä.) erwartungsgemäß in den kreisfreien Städten und hier wiederum in Neustadt.

### 3. Einkommensteuer

Der bei den unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen in Rheinland-Pfalz veranlagte Steuerbetrag erhöhte sich im Vergleich zum Jahre 1961 um die Hälfte auf rund 862 Mill. DM. Die Steigerung des Steuersolls entsprach somit genau der des veranlagten Einkommens, was insofern bemerkenswert ist, als wegen des progressiv gestaffelten Einkommensteuertarif im allgemeinen zu erwarten ist, daß Einkommenssteigerungen zu einem überproportionalen Anwachsen der Steuer führen. Hier zeigten sich jedoch die Folgen der Steueränderungsgesetzes 1964, das mit seinen Steuersenkungen auf die Zunahme der Einkommensteuerschuld kompensierend wirkte.

Gemessen an der Einwohnerzahl belief sich das Einkommensteuersoll im Landesdurchschnitt auf 242 DM. Auf Grund der sehr hohen Veranlagungsdichte und durchschnittlich erzielten Einkünfte lag der Landkreis Bingen mit einem doppelt so hohen Betrag an der Spitze aller Verwaltungsbezirke, gefolgt von den Städten Landau, Neustadt und Koblenz. Die niedrigsten Zahlen errechnen sich für die Kreise Prüm und Zweibrücken mit 93 und 72 DM je Einwohner.

Dipl.-Volkswirt H. W. Noe



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 335	3 620	3 617	3 619	3 620	3 628	3 630	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	2 568	2 323	2 141	2 787	2 333	1 910	2 133	2 993 <sup>p</sup>	2 062 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,7	8,1	9,1	7,8	6,2	7,2	9,7 <sup>p</sup>	...
* Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	5 123	5 091	4 999	5 661	5 188	4 987	5 414	5 242 <sup>p</sup>	4 889 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,9	18,9	18,4	17,4	16,2	18,2	17,0 <sup>p</sup>	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>3)</sup>	Anzahl	3 014	3 420	3 268	3 643	3 342	3 914	3 702	3 506 <sup>p</sup>	3 191 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	11,3	12,4	11,9	11,2	12,7	12,4	11,4 <sup>p</sup>	...
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	125	103	127	135	123	119	131	...
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,6	20,6	22,4	26,0	24,7	22,8	24,7	...
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 671	1 731	2 018	1 846	1 073	1 712	1 736 <sup>p</sup>	1 698 <sup>p</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	5,5	6,5	6,6	6,2	3,5	5,8	5,6 <sup>p</sup>	...
<b>Wanderungen</b>										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	8 644	9 941	8 211	8 033	8 817	10 005	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	9 251	10 299	8 559	8 323	8 977	9 486	...	...
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	- 607	- 358	- 348	- 290	- 160	519	...	...
* Binnenwanderung <sup>4)</sup>	"	9 508	10 602	10 975	9 919	9 371	10 405	11 515	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	1 000	44,1	30,2	30,1	28,1	25,1	27,0	17,5	13,2	11,2
* Männer	"	35,8	24,3	24,0	22,0	19,2	22,3	13,3	9,5	7,8
<b>Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe</b>										
Bauberufe	Anzahl	2 727	1 328	606	632	669	897	324	231	197
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	17 668	3 692	3 444	2 710	2 065	3 713	1 283	562	401
Offene Stellen	"	14 493	18 403	19 582	18 686	16 775	15 283	10 389	7 907	6 592
Männer	"	7 719	11 679	11 806	11 814	12 206	16 684	17 609	20 132	21 219
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	3 950	5 395	5 274	5 216	5 514	8 240	8 828	10 268	11 029
Bauberufe	"	386	222	271	229	172	286	350	472	379
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	1 218	1 119	990	1 029	1 067	1 450	1 569	1 998	2 217
	"	2 989	4 214	3 971	4 024	4 561	7 277	7 883	9 368	10 094
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand <sup>5)</sup></b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	761	.	.	786	.	.	.	784
* Milchkühe	"	327	297	.	.	303	.	.	.	301
* Schweine	"	659	822	.	.	777	857	.	.	814
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	68	.	.	71	71	.	.	71
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	42	.	.	44	42	.	.	43
<b>Schlachtungen von Inlandtieren <sup>6)</sup></b>										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	18	17	18	16	18	18	18	15
* Kälber	"	10	4	4	6	5	4	5	5	3
* Schweine	"	93	98	94	96	82	104	110	107	85
* Hausschlachtungen	"	28	24	22	16	11	34	25	23	11
<b>Gesamtschlachtgewicht aus gewerbl. Schlachtungen <sup>7)</sup></b>										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,1	10,8	11,8	10,3	10,6	12,1	12,2	10,5
* Kälber	"	4,1	4,6	4,4	4,7	4,1	4,5	4,8	4,9	4,1
* Schweine	"	0,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2
	"	5,6	6,2	6,1	6,7	5,9	5,8	7,0	7,0	6,1
<b>Milcherzeugung</b>										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	87	91	101	96	94	95	105	98
* Milchlieferungen an Molke-reien	%	63,8	75,2	74,4	77,8	77,7	74,4	75,2	78,5	79,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,6	10,2	10,9	10,8	10,3	10,7	11,4	11,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 106	3 125	3 116	3 114	3 039	3 033	3 024	3 021
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	364	364	363	361	361	362	364	364
* Arbeiter 2)	"	274	274	274	273	272	272	273	274	275
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	43	42	41	44	44	44	45	39
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	322	301	321	325	313	330	341	349
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	212	193	216	217	207	217	231	230
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	110	108	105	108	106	113	110	119
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	135	136	120	124	132	120	124	133
Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	40	41	39	40	47	43	44	39
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	155	159	144	144	180	154	147r	113
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	651	638	647	649	694	672	690	667
* Stromerzeugung 5)	"	138	281	272	255	264	324	290	293	270
* Umsatz 6) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	1 638	1 570	1 553	1 645	1 827	1 828	1 887	1 682
* Auslandsumsatz	"	126	339	349	321	352	375	379	383	354
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1958=100	100	224	228	230	222	251	268	270p	282p
ohne Bauhauptgewerbe	"	100	225	228	229	223	253	269	270p	283p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	100	226	229	230	224	254	271	272	285p
Energieversorgungsbetriebe	"	100	209	221	206	196	238	222	218	224p
Bergbau	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verarbeitende Industrie	"	100	229	231	233	226	257	275	276p	289p
Grundstoff- und Produktionsgüter	"	100	227	235	234	234	252	262	269	267p
Industrie d. Steine u. Erden	"	100	138	151	158	160	123	158	174	185p
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	"	100	165	198	181	164	191	206	206	183p
Chemische Industrie	"	100	291	295	295	295	331	332	338	331p
Investitionsgüter	"	100	341	334	354	330	425	463	474	548p
Maschinenbau	"	100	208	205	227	200	197	197	182	220p
Elektrotechnische Industrie	"	100	180	178	167	164	184	192	185	229p
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	100	216	196	215	225	234	231	247	279p
Verbrauchsgüter 8)	"	100	176	184	168	165	193	204	198	191p
Holz verarbeitende Industrie	"	100	212	211	222	206	201	241	216	288p
Schuhindustrie	"	100	145	159	116	111	175	178	165	91p
Textilindustrie	"	100	111	114	108	108	110	115	114	126p
Nahrungs- und Genußmittel	"	100	168	152	171	158	149	178	157	175p
Bauhauptgewerbe	"	100	209	225	255	231r	189	243	261	281p
Handwerk										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Mai 1962=100	.	102	.	.	99	101	.	.	...
* Umsatz 9)	1962=100	.	142	.	.	138	107	.	.	...
* Handwerksumsatz 9)	"	.	142	.	.	136	104	.	.	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (netto)	Mill. kWh	61	212	209	197	176r	277	231	226	...
Strombezug (brutto)	"	318	496	474	506	514r	487	...	...	...
Stromaufkommen	"	375	695	672	692	678r	750	...	...	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	105	132	95	91	144	111	103	93
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	87	86	87	88	87	89	91	92
Facharbeiter	"	30	47	47	47	49	46	47	48	51
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	26	26	26	25	27	28	29	28
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	13	13	14	15	12	14	15	14
* Wohnungsbauten	"	5	6	6	6	7	5	6	6	6
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Bauten	"	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	5	5	6	6	5	6	7	6
Hochbau	"	1	1	1	2	2	1	2	2	2
Straßenbau	"	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Sonstiger Tiefbau	"	3	2	2	2	2	2	2	3	2
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	71	68	75	78	65	79	90	84
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	64	62	69	72	58	72	83	77
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	6	6	6	7	7	7	7
* Umsatz	"	76	226	197	214	231	109	136	153	208

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchssteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; ab März 1968 vorläufige Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 137	1 302	1 201	1 379	1 173	1 193	1 211	926
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	107,7	108,5	106,8	108,3	106,8	109,3	109,0	107,6
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	191	206	190	248	215	210	225	183
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	293	296	307	352	333	313	358	246
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 962	1 989	1 982	2 245	2 091	2 032	2 141	1 667
* in Wohngebäuden	"	929	1 106	1 202	1 103	1 412	1 237	1 227	1 277	975
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 500	2 684	2 475	3 397	2 700	2 494	2 755	2 038
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 062	2 151	2 022	2 775	2 435	2 252	2 474	1 831
Baupreise										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	96	.	101	.	.	.	96	.
Ziegelmauerwerk	"	.	120	.	128	.	.	.	120	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	122	.	130	.	.	.	122	.
Leichttrennwand	"	.	121	.	125	.	.	.	121	.
Stahlbetondecke	"	.	109	.	115	.	.	.	109	.
Beton B 80 für Wände	"	.	120	.	126	.	.	.	121	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	109	.	114	.	.	.	109	.
Dachverbandholz liefern	"	.	101	.	101	.	.	.	102	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	128	.	131	.	.	.	128	.
Deckenputz	"	.	129	.	131	.	.	.	130	.
Außenwandputz	"	.	135	.	140	.	.	.	135	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	116	.	125	.	.	.	121	.
Handel und Gastgewerbe										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	97	95	95	95	95	95	94	94
Umsätze	"	.	125	120	122	122	121	130	126	118
Waren verschiedener Art	"	.	177	155	159	154	171	192	176	151
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	116	114	120	122	116	121	120	114
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	116	108	119	101	104	130	108	95
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	125	108	114	114	105	113	120	115
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	121	99	97	99	95	106	102	94
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	114	125	113	121	115	123	125	132
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	12 561	12 195	11 774	11 820	12 973	12 427	12 706	11 136
* Lieferungen	"	14 040	32 986	32 747	32 159	35 419	38 632	36 960	35 672	28 755
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	393,0	417,2	390,6	402,9	443,7	423,4	424,3	368,6
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	11,7	13,0	11,1	13,1	14,6	13,9	13,5	13,2
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	381,3	404,3	379,5	389,8	429,1	409,5	410,8	355,5
* Rohstoffe	"	5,8	7,5	8,3	7,5	8,9	8,5	7,6	9,3	7,7
* Halbwaren	"	23,1	29,1	30,8	33,7	30,0	36,0	27,1	26,3	22,5
* Fertigwaren	"	111,5	344,7	365,2	338,3	350,9	384,6	374,8	375,3	325,3
* Vorzeugnisse	"	59,5	151,5	163,4	155,1	156,6	167,6	156,9	165,9	141,2
* Enderzeugnisse	"	52,0	193,2	201,7	183,2	194,2	217,1	217,9	209,4	184,1
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG-Länder	"	41,0	148,7	157,7	138,4	159,3	166,0	157,1	154,3	141,2
Belgien-Luxemburg	"	9,5	27,2	27,9	27,5	26,8	28,4	24,2	28,3	23,4
Frankreich	"	9,6	53,7	56,8	50,8	58,5	64,5	65,5	51,0	60,7
Italien	"	9,6	34,7	36,8	29,8	37,5	36,2	33,2	35,0	29,1
Niederlande	"	12,2	33,0	36,3	30,4	36,6	36,9	34,1	40,0	28,0
* EFTA-Länder	"	36,4	93,3	100,4	87,9	98,2	103,8	91,0	96,1	82,9
Dänemark	"	3,4	9,7	12,7	9,0	10,3	12,4	10,7	11,7	8,7
Großbritannien	"	9,5	22,1	23,2	20,1	24,2	23,2	20,7	20,2	17,3
Österreich	"	6,8	17,4	19,8	15,3	16,1	18,1	17,6	18,9	15,9
Schweden	"	5,4	13,3	12,7	12,4	13,0	16,0	12,0	13,0	13,6
Schweiz	"	8,3	22,6	24,8	23,1	24,9	25,1	22,4	24,0	20,9
USA und Kanada	"	10,1	22,8	25,7	22,2	21,0	27,6	32,5	31,0	33,3
Ostblockländer	"	3,6	21,9	30,7	25,9	24,7	18,5	26,5	23,4	12,7
Gastgewerbe (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	110	111	115	117	103	110	113	116
Teilbeschäftigte	"	.	167	167	179	208	131	150	152	168
Umsätze insgesamt:	"	.	132	126	144	139	113	124	135	150
Übernachtungen	"	.	155	130	185	200	97	152	180	225
Beköstigung	"	.	130	126	144	136	113	121	134	147
Fremdenverkehr in 258 Berichtsgemeinden										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	207	182	248	252	117	179	...	...
* Auslands Gäste	"	36	44	29	46	62	11	31	...	...

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
			Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	777	589	901	1 018	451	663	...	...
* Auslands Gäste	"	68	95	59	88	135	27	73	...	...
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255 <sup>r</sup>	329 <sup>r</sup>	261	411	445	229	312	...	...
Luftkurorte	"	45 <sup>r</sup>	47 <sup>r</sup>	31	54	65	23	39	...	...
Sonstige	"	327 <sup>r</sup>	401 <sup>r</sup>	297	436	508	199	312	...	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Bundesbahn 1)</b>										
Zugkilometer	"	2 960	2 832	2 694	2 738	2 961	2 912	2 760	2 997	...
Wagenachskilometer	"	104 960	112 382	105 822	107 341	121 109	113 427	109 905	123 154	...
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 181	1 098	1 126	1 276	1 196	1 158	1 302	...
Nettotonnenkilometer	"	293	332	308	309	358	356	336	394	...
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	59 950	56 070	53 024	64 362	56 850	56 358	60 636	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	2 818	2 930	3 021	3 292	3 016	3 113	3 503	3 094
* Gütereingang	"	811	1 432	1 413	1 493	1 651	1 419	1 440	1 659	1 465
* Güterversand	"	1 001	1 386	1 517	1 528	1 641	1 597	1 673	1 844	1 629
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	4 351	4 239	4 305	5 091	3 935	3 694	4 161	4 276
Ladung	1 000 t	2 938	3 167	3 092	3 141	3 949	2 737	2 612	3 110	3 378
Auslastungsgrad 2)	%	80	84	87	87	89	87	88	89	89
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 475	4 310	4 304	5 147	4 077	3 769	4 275	4 287
Ladung	1 000 t	893	1 578	1 744	1 647	1 867	1 942	1 713	1 821	1 692
Auslastungsgrad 2)	%	70	82	85	85	88	86	87	89	88
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 528	9 153	8 082	8 144	9 835	10 195	9 539	...
Kraftfahrzeuge (einschließlich Motorroller)	"	366	23	28	29	46	34	26	45	...
* Personenkraftwagen	"	2 840	5 733	7 130	6 355	6 262	7 882	8 131	7 660	...
* Kombinationskraftwagen	"	275	654	695	683	762	752	856	758	...
* Lastkraftwagen	"	346	466	534	410	541	597	608	594	...
Zugmaschinen	"	640	579	667	480	463	515	520	426	...
Kraftfahrzeuganhänger	"	132	244	294	354	363	266	357	356	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderung Personen 3)	1 000	20 118	20 547	20 538	20 563	19 750	21 589	18 872	21 465	...
Orts- und Nachbarortslinienverkehr	"	11 395	10 672	10 871	10 732	10 387	10 945	9 670	10 911	...
Straßenbahnen	"	4 219	4 303	4 507	4 494	4 387	3 988	3 422	3 842	...
Obusse	"	2 924	4 303	4 507	4 494	4 387	3 988	3 422	3 842	...
Kraftomnibusse	"	4 252	6 369	6 364	6 238	6 000	6 957	6 248	7 069	...
Überlandlinienverkehr	"	8 056	8 903	8 789	8 841	8 232	9 716	8 389	9 438	...
Berufsverkehr 4)	"	233	576	595	546	557	644	582	593	...
Gelegenheitsverkehr	"	434	310	241	400	526	223	211	465	...
Wagenkilometer 3)	"	7 990	8 960	8 334	9 539	10 235	8 748	8 432	10 435	...
Orts- und Nachbarortslinienverkehr	"	2 289	2 057	2 048	2 053	2 046	2 145	2 036	2 131	...
Straßenbahnen	"	871	688	707	710	702	638	606	620	...
Obusse	"	541	688	707	710	702	638	606	620	...
Kraftomnibusse	"	877	1 369	1 341	1 343	1 344	1 507	1 430	1 511	...
Überlandlinienverkehr	"	4 048	4 127	4 054	3 965	4 209	4 527	4 023	4 483	...
Berufsverkehr 4)	"	233	1 069	1 067	965	1 047	1 109	1 073	1 132	...
Gelegenheitsverkehr	"	1 420	1 641	1 141	2 531	2 904	927	1 289	2 661	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	3 491	6 098	5 768	6 253	5 956	5 638	5 793	6 366	...
* Unfälle mit Personenschaden	"	1 464	1 716	1 624	1 899	1 830	1 555	1 648	1 857	...
Unfälle mit nur Sachschaden	"	2 027	4 382	4 144	4 354	4 126	4 083	4 145	4 509	...
bis 1 000 DM 5)	"	.	3 718	3 525	3 639	3 487	3 419	3 515	3 799	...
über 1 000 DM 6)	"	.	664	619	715	639	664	630	710	...
* Getötete Personen 7)	"	68	96	98	92	88	92	77	104	...
* Verletzte Personen	"	1 913	2 445	2 323	2 848	2 604	2 160	2 404	2 597	...
Schwerverletzte	"	765	843	790	998	869	729	867	874	...
<b>Bundespost</b>										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	34 843	34 079	32 870	33 966	36 374	38 813	36 524	...
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 023	992	802	793	1 025	1 120	996	...
Telegramme	"	99	68	69	78	68	59	74	74	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	823 220	806 138	881 802	897 943	786 236	815 550	915 483	...
Lastschriften	"	460 840	822 696	807 070	878 205	902 580	762 958	818 434	919 694	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	10 049	9 128	9 806	11 537	10 321	10 456	11 847	...
Auszahlungen	"	5 296	9 707	8 544	9 908	10 061	8 913	10 764	13 178	...
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	181	1 036	1 034	1 035	1 035	1 051	1 052	1 053	...
Fernsehrundfunk	"	78	757	749	752	755	813	818	821	...

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) Einschließlich Schüler-, Markt- und Theaterfahrten sowie Ferienzeiel-Reiseverkehr (in Aufgliederungen nicht enthalten. - 4) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 307	11 984	11 357	11 398	11 505	12 420	12 396	12 484	12 635
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 275	3 221	3 183	3 247	3 306	3 243	3 215	3 312
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 195	3 148	3 109	3 164	3 217	3 173	3 168	3 254
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	80	73	74	83	89	70	47	58
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	8 709	8 136	8 215	8 258	9 114	9 153	9 269	9 323
* an Wirtschaft und Private	"	1 551	6 728	6 297	6 346	6 390	6 907	6 941	7 030	7 089
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	1 981	1 839	1 869	1 868	2 207	2 212	2 239	2 234
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	10 949	9 935	10 100	10 073	11 289	11 412	11 601	11 523
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	3 629	3 254	3 384	3 302	3 669	3 740	3 864	3 746
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	2 862	2 499	2 506	2 457	2 886	2 992	2 934	2 910
von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	767	755	878	845	783	748	930	836
* Spareinlagen	"	1 857	7 320	6 681	6 716	6 771	7 620	7 672	7 737	7 777
* bei Sparkassen	"	1 274	4 833	4 431	4 451	4 481	5 017	5 048	5 091	5 112
* bei Kreditbanken	"	.	849	768	775	785	888	896	904	908
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	349	316	307	332	370	368	375	330
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	297	258	271	280	318	316	310	293
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	14	13	21	19	14	10	9	10
Vergleichsverfahren	"	3	3	3	8	4	-	3	4	1
Wechselproteste	"	2 860	2 596	2 461	2 832	2 798	2 122	1 974	2 181	1 971
" 4)	1 000 DM	2 017	4 237	3 945	4 770	4 402	2 804	2 871	2 760	2 519
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	135 475	78 499	96 253	240 766	215 451	87 703	98 557	248 959
* Vermögensteuer	"	2 443	7 702	684	16 821	6 441	4 948	1 075	19 082	962
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	15 271	16 963	15 541	14 920	16 818	17 889	17 311	14 635
* Biersteuer	"	3 176	5 082	3 789	4 848	4 700	3 651	4 150	4 150	5 768
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	102 572	50 403	54 649	208 978	185 165	60 473	53 221	223 330
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	214 983	168 911	217 159	272 844	257 712	167 704	178 538	302 480
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	87 713	87 007	82 608	87 160	48 447	70 757	68 863	77 467
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	10 701	4 668	29 817	4 844	24 775	12 908	15 324	38 024
* Beförderungsteuer	"	1 582	2 126	1 905	2 169	2 358	111	114	106	89
* Zölle	"	8 704	11 446	5 270	26 159	5 630	18 148	6 740	6 973	10 745
* Verbrauchsteuern	"	32 345	42 749	40 441	44 310	50 113	54 454	40 032	54 827	37 667
* Tabaksteuer	"	18 677	5 647	2 875	8 357	5 993	9 853	2 926	7 316	2 624
* Mineralölsteuer	"	2 522	7 038	5 341	6 287	7 134	5 559	5 852	6 842	6 324
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	60 241	29 603	32 096	122 734	108 748	35 516	31 256	131 163
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 145	1 451	13 010	1 169	899	1 146	13 034	1 407
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	162 813	80 006	86 745	331 712	293 913	95 989	84 477	354 493
* Lohnsteuer	"	19 833	70 883	59 919	56 626	58 379	65 052	60 153	61 172	66 812
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	59 668	12 888	22 019	149 472	154 424	22 740	13 294	159 090
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	6 191	935	1 879	56 347	435	6 503	1 397	57 603
* Körperschaftsteuer	"	13 065	26 071	6 264	6 221	67 514	74 002	6 593	8 614	70 988
* Gemeindesteuereinnahmen 7)	"	83 725	184 673	.	.	191 689	178 844	.	.	204 013
* Realsteuern	"	76 545	171 318	.	.	177 986	163 506	.	.	189 230
* Grundsteuer A	"	8 599	9 704	.	.	12 127	7 005	.	.	11 910
* Grundsteuer B	"	15 026	24 910	.	.	28 642	24 218	.	.	30 737
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	127 680	.	.	128 712	121 888	.	.	137 817
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 024	.	.	8 505	10 395	.	.	8 766
* Sonstige Steuern	"	7 180	13 355	.	.	13 703	15 338	.	.	14 783

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Einschließlich Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Löhne und Gehälter <sup>1)</sup>										
Arbeiter in der Industrie <sup>2)</sup>										
Bruttowochenverdienste	DM	96	193	192	.	.	.	202	.	.
* Männliche Arbeiter	"	106	210	210	.	.	.	219	.	.
Facharbeiter	"	113	224	224	.	.	.	232	.	.
Angelernte Arbeiter	"	107	205	204	.	.	.	216	.	.
Hilfsarbeiter	"	87	173	172	.	.	.	181	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	61	130	128	.	.	.	136	.	.
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,46	4,45	.	.	.	4,59	.	.
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,76	4,75	.	.	.	4,90	.	.
Facharbeiter	"	2,44	5,05	5,04	.	.	.	5,18	.	.
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,65	4,63	.	.	.	4,83	.	.
Hilfsarbeiter	"	1,90	3,96	3,95	.	.	.	4,06	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,23	3,23	.	.	.	3,32	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	43,1	43,1	.	.	.	43,9	.	.
* Männliche Arbeiter	"	46,8	44,0	44,1	.	.	.	44,7	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	40,0	39,4	.	.	.	41,0	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	40,8	41,7	.	.	.	38,9	.	.
* Männliche Arbeiter	"	43,1	41,7	42,6	.	.	.	39,6	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,6	38,2	.	.	.	36,0	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	542	1 077	1 074	.	.	.	1 112	.	.
in der Industrie <sup>2)</sup>	"	495	977	971	.	.	.	1 005	.	.
* Kaufmännische Angestellte	"	595	1 177	1 169	.	.	.	1 214	.	.
* Weibliche Angestellte	"	377	749	748	.	.	.	771	.	.
Technische Angestellte	"	648	1 251	1 254	.	.	.	1 295	.	.
* Männliche Angestellte	"	665	1 285	1 288	.	.	.	1 332	.	.
* Weibliche Angestellte	"	452	866	873	.	.	.	893	.	.
im Handel <sup>3)</sup>	"	355	742	730	.	.	.	765	.	.
* Kaufmännische Angestellte	"	351	737	726	.	.	.	761	.	.
* Männliche Angestellte	"	485	962	946	.	.	.	994	.	.
* Weibliche Angestellte	"	279	581	574	.	.	.	600	.	.
in Industrie <sup>2)</sup> und Handel <sup>3)</sup>	"	438	915	907	.	.	.	943	.	.
zusammen	"	404	835	826	.	.	.	860	.	.
* Kaufmännische Angestellte	"	536	1 064	1 052	.	.	.	1 097	.	.
* Weibliche Angestellte	"	307	641	636	.	.	.	660	.	.
Technische Angestellte	"	625	1 233	1 236	.	.	.	1 278	.	.
* Männliche Angestellte	"	646	1 267	1 269	.	.	.	1 314	.	.
* Weibliche Angestellte	"	418	853	858	.	.	.	876	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung <sup>4)</sup>										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 050	1 052	1 049	1 047	1 066	1 065	1 065	1 065
Pflichtmitglieder	"	649	656	660	655	653	653	647	644	641
Rentner	"	227	258	253	254	254	322	325	328	330
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,5	4,2	4,1	3,8	3,9	4,6	4,1	4,0	4,0
Männer	"	4,6	4,2	4,0	3,9	4,0	4,5	4,1	4,1	4,1
Frauen	"	4,3	4,1	4,1	3,7	3,8	4,7	4,1	3,8	3,8
Soziale Rentenversicherung <sup>5)</sup>										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	334 548	331 698	332 507	334 195	341 411	342 871	344 755	345 159
Angestelltenversicherung	"	84 107	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	46 425	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	75 500	74 265	74 836	75 521	87 362	80 767	81 631	81 960
Angestelltenversicherung	"	13 762	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	24 354	26 876	23 900	21 965	29 117	15 805	11 148	9 602
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	22 254	25 221	22 035	19 803	23 329	11 761	8 048	6 866
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	10 537	11 051	11 040	12 381	17 583	12 621	8 787	3 630
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	9 782	10 445	10 424	11 539	15 397	10 367	7 191	2 822
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	171	.	.	172	169	.	.	167
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	18 112	30 432	29 343	30 200	29 774	29 970	30 340	30 285	30 344

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatendurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	59 873 <sup>P</sup>	59 818	59 832	59 855	...	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	40 270 <sup>P</sup>	42 082	37 347	47 956	26 688	34 254	35 537	50 898
Lebendgeborene 2)	"	75 361	84 954 <sup>P</sup>	91 894	86 246	92 433	82 790	86 769	87 317	86 657
Gestorbene 3)	"	49 784	57 278 <sup>P</sup>	60 273	56 510	59 071	79 532	66 006	59 892	57 562
Geburtenüberschuß	"	25 577	27 676 <sup>P</sup>	31 621	29 736	33 362	3 258	20 763	27 425	29 095
Arbeitslose	1 000	769	459	576	501	458	590	460	331	265
Männer	"	500	335	441	364	326	461	348	232	180
<b>Landwirtschaft</b>										
Schweinebestand 4)	"	14 747	19 032	17 859	.	.	.	19 285	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	254	244	251	267	241	260	282	279
Milcherzeugung	"	1 490	1 810	1 939	1 982	2 191	1 695	1 975	2 049	2 253
<b>Industrie und Energiewirtschaft</b>										
Industrie 6)	1 000	8 015	7 843	7 906	7 856	7 827	7 751 <sup>P</sup>	7 767 <sup>P</sup>	...	...
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	Mill. Std.	1 139	916	934	903	882	902 <sup>P</sup>	937 <sup>P</sup>	...	...
Geleistete Arbeiterstunden 7)	Mill. DM	18 166	31 722	31 375	30 569	29 978	31 748 <sup>P</sup>	34 858 <sup>P</sup>	...	...
Umsatz 8) (einschl. Umsatzsteuer)	"	2 698	5 947	5 884	5 778	5 700	5 627 <sup>P</sup>	6 421 <sup>P</sup>	...	...
Auslandsumsatz	"								...	...
Index der industriellen Produktion 9)	1962 = 100	75	118	114	119	119	118	125	131 <sup>P</sup>	132 <sup>P</sup>
Gesamtindustrie	"	76	118	115	119	118	119	126	131 <sup>P</sup>	131 <sup>P</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	"									
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	76	117	114	118	118	118	124	130 <sup>P</sup>	131 <sup>P</sup>
Energieversorgungsbetriebe	"	74	138	136	139	127	158	157	146 <sup>P</sup>	140 <sup>P</sup>
Bergbau	"	99	89	89	92	85	94	95	92 <sup>P</sup>	92 <sup>P</sup>
Verarbeitende Industrie	"	74	119	115	120	120	119	126	133 <sup>P</sup>	133 <sup>P</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	71	133	129	136	136	137	143	152 <sup>P</sup>	155 <sup>P</sup>
Investitionsgüter	"	73	109	106	110	111	107	116	121 <sup>P</sup>	122 <sup>P</sup>
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	76	114	114	116	109	119	127	129 <sup>P</sup>	128 <sup>P</sup>
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	122	114	117	127	114	118	128 <sup>P</sup>	127 <sup>P</sup>
Bauhauptgewerbe	"	72	115	108	120	134	85	101	138 <sup>P</sup>	145 <sup>P</sup>
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	12 403	9 337	9 464	9 199	8 080	9 643	9 865	8 992	...
Braunkohlenförderung (brutto)	"	7 791	8 064	7 142	7 769	7 539	7 542	8 059	7 303	...
Produktion von Roheisen	"	1 645	2 281	2 260	2 351	2 264	2 406	2 585	2 379	...
Stahlrohblöcken	"	2 143	3 018	2 965	3 109	2 926	3 230	3 522	3 183	...
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	1 470	2 076	2 072	2 130	1 980	2 248	2 430	8 041	...
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	8 457	15 443	15 545	14 994	14 027	16 922	...	...	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	1 956	1 632	1 737	1 598	1 539	1 719	1 817	...	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
Bauhauptgewerbe 10)	1 000	1 322	1 467	1 418	1 457	1 479	...	...	...	...
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	Mill. Std.	213	206	201	211	225	...	...	...	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. DM	1 431	3 694	2 957	3 166	3 413	...	...	...	...
Umsatz	"									
Baugenehmigungen: Wohnungen	Anzahl	48 466	44 396	39 385	48 058	42 921	...	...	...	...
<b>Handel</b>										
Umsätze	1962=100	.	132	134	127	129	112	132	140	137
Waren verschiedener Art	"	.	159	156	142	142	128	159	170	161
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	131	135	128	132	121	135	139	141
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	123	123	118	126	86	115	137	120
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	129	121	116	118	95	116	123	130
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	127	115	102	103	96	106	109	110
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	121	138	133	128	96	131	139	137
Außenhandel (Spezialhandel)	Mill. DM	2 594	5 849	5 769	5 624	5 612	6 152	6 634	6 604	6 761
Einfuhr	"	3 083	7 250	7 264	7 468	6 898	7 449	8 409	7 703	8 062
Ausfuhr	"	489	1 401	1 495	1 843	1 286	1 298	1 775	1 100	1 301
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	"									

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Verkehr										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	99	92	94	91	...	...	...	...
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	125	117	128	124	129	132	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	124	118	121	126	135	117	...	...
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Personen	"	124	82	80	84	83	83	80	...	...
Straßenbahnen und Obusse:										
Beförderte Personen	"	102	72	74	75	71	70	68	65	...
Kraftomnibusse:										
Beförderte Personen	"	78	109	110	110	106	116	112	105	...
Geld und Kredit										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	31 412	30 162	30 797	30 034	30 548	31 022	30 603	31 589
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	320 656	298 245	299 913	301 022	322 142	326 135r	327 807	331 462
Kurzfristige Kredite	"	32 530	75 366	70 824	71 492	70 770	72 922	74 504r	74 033	74 992
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	245 290	227 421	228 421	230 252	249 220	251 631	253 774	256 470
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	243 576	214 229	216 092	220 125	247 195	247 597	250 650	252 553
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	100 148	84 012	84 727	87 948	99 155	98 489	100 645	101 562
Spareinlagen	"	36 065	143 428	130 217	131 365	132 177	148 040	149 108	150 005	150 991
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	97,6	92	92	90	121,8	121,4	126,7	128,3
Steuern										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 275	10 146	6 036	6 705	6 399	10 197	6 044	6 683
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 357	6 598	2 490	2 909	2 866	6 858	2 655	2 906
Steuern vom Umsatz	"	1 080	2 060	1 695	2 001	1 956	1 762	1 575	1 698	1 814
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 858	1 853	1 545	1 840	1 771	1 764	1 691	1 963
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	109,3	108,7	106,5	105,1	10)	10)	10)	10)
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5)	1962/63=100	88,1	109,9	110,9	111,1	110,5	104,8	105,0	104,8r	102,3
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9	105,4	104,7	104,6	10)	10)	10)	10)
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	115,9	.	.	116,0	99,8	99,6	99,1	98,9
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	95,3	.	.	91,7	119,9	.	.	119,9
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	226,5	226,3	226,7	227,3	228,9	229,1	229,1	229,3
"	1958=100	100	123,4	123,3	123,5	123,8	124,7	124,8	124,8	124,9
"	1962=100	92,7	114,4	114,3	114,5	114,8	115,6	115,7	115,7	115,8
Ernährung	"	93,0	112,7	113,0	113,5	114,3	111,1	111,0	111,1	111,0
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	108,9	109,4	109,3	109,3	110,8	110,7	110,7	110,7
Wohnung	"	82,0	137,6	135,6	136,9	137,2	142,9	143,9	145,0	146,3
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	108,4	109,2	105,9	106,0	116,8	116,6	113,3	112,9
Hausrat	"	97,7	103,5	104,0	103,9	103,8	102,7	102,6	102,6	102,5
Bekleidung	"	93,8	112,1	112,2	112,2	112,3	112,0	112,0	112,0	112,0
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	113,9	113,5	113,5	113,6	119,3	119,4	119,4	119,5
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	119,7	118,7	119,0	119,0	124,6	124,7	124,8	125,1
Verkehr	"	93,2	114,0	113,5	113,5	112,5	115,9	116,2	116,2	116,2
Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)										
Bruttowochenverdienste	1962=100	72,5	132,4	.	131,4	.	.	.	...	.
Männliche Arbeiter	"	67,8	138,2	.	137,5	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	"	71,5	140,0	.	139,4	.	.	.	...	.
Bruttostundenverdienste	"	66,4	144,3	.	143,9	.	.	.	...	.
Männliche Arbeiter	"	101,6	94,7	.	94,4	.	.	.	...	.
Weibliche Arbeiter	"	102,0	95,6	.	95,3	.	.	.	...	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumsatz; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitt Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer).



## AUSZUG AUS DEN

### VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

#### Zusammenfassende Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

#### Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114

" 34

" 81, 91, 97, 136

" 9

" 117

" 28, 113

" 2, 13, 18, 115, 116

Statistische Berichte: 8 Reihen

Volkszählung 1946, 1950, 1961

Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950

Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960

Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950

Haushalte und Familien 1961

Pendelwanderung 1950, 1961

Berufszählung 1946, 1950, 1961

#### Unterricht und Bildung, Rechtspflege

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1\*, 5\*, 8, 17\*, 26\*,

" 30\*, 32\*, 34\*, 57, 99, 143

" 6\*, 23\*, 29\*, 31\*, 40, 99,

" 143

Statistische Berichte: 4 Reihen

Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,

1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65

Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,

1956/57, 1961/62, 1964/65

#### Wahlen

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152

" .., 11, 38, 69, 130

" .., 24, 46, 87, 142

" 39

Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)

Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965

Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963

Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964

Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955

#### Landwirtschaft

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26

" 119, 120, 121, 141

" 28\*, 122

" 27

" 78

" 33\*, 44\*

" 36, 42, 37\*, 43\*, 58, 70,

" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156

" 75

" 60

" 18\*

" 61

" 55

" 45, 54, 64, 74, 83, 93,

" 104, 133, 140, 149, 159

Statistische Berichte: 20 Reihen

Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950

Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960

Gartenbauerhebung 1950, 1961

Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952

Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957

Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956

Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,

1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965

Wein- und Gartenbau 1958

Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957

Obstbaumzählung 1951

Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957

Weinbau 1950 - 1957

Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,

1963, 1964, 1965

#### Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

##### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5

" 89, 103, 132, 139, 150, 160

" 6

Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947

Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965

Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

\*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.



## **noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr**

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62	Handwerkszählung 1949, 1956
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44	Verkehrsstruktur 1950 - 1955
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128	Straßennetz am 1. Januar 1961
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 21 Reihen

## **Bau- und Wohnungswesen**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161	1961, 1962, 1963, 1964, 1965
" 158	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965

Statistische Berichte: 8 Reihen

## **Geld und Kredit**

Statistische Berichte: 2 Reihen

## **Öffentliche Sozialleistungen**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166	1962, 1963, 1964, 1965

## **Öffentliche Finanzen**

**Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961
" 31, 49, 146	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961
" 68, 79, 131, 154	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157	1961, 1962, 1964
" 101	Gewerbesteuer 1958

Statistische Berichte: 3 Reihen

## **Preise, Löhne und Gehälter**

### **Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 6 Reihen

## **Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen**

Band 45*	Sozialprodukt 1950 - 1955
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

## **Verzeichnisse**

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962  
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957  
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966  
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.